



Landtag von Baden-Württemberg

108. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 18. Dezember 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 12:23 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6703	2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse – Drucksache 16/7352	6729
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	6703	Beschluss	6729
Beschluss.	6704		
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksachen 16/7171, 16/7320, 16/7321.	6704	3. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/7334	
Abg. Thekla Walker GRÜNE.	6704	4. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/7376, 16/7377, 16/7378, 16/7379, 16/7380.	6729
Abg. Tobias Wald CDU	6707		
Abg. Peter Hofelich SPD	6710	Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4.	6729
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	6713, 6725	Nächste Sitzung	6729
Abg. Stephen Brauer FDP/DVP	6715, 6725		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	6718		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6719		
Ministerin Edith Sitzmann	6720		
Beschluss	6726		

Protokoll

über die 108. Sitzung vom 18. Dezember 2019

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 108. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Marwein, Frau Abg. Neumann-Martin sowie Herr Abg. Palka.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, möchten Sie zur Geschäftsordnung sprechen? – Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Nach § 84 der Geschäftsordnung beantrage ich – passend zur Weihnachtszeit – eine Debatte mit dem Titel: 2019 – Das Jahr der Rechtsbrüche seitens der Landtagspräsidenten.

Weihnachten, das Fest der Geburt des Heilands, weist auf Recht, Gerechtigkeit und Licht hin, ohne die kein Friede möglich ist. Das sentimentale Singen von Liedern nützt nichts, wenn wir uns in der Praxis krampfhaft und stetig davon abwenden.

Wie Sie bereits wissen, steht mir eine Begründungsdauer von insgesamt fünf Minuten zu. Ich begründe den Antrag wie folgt:

Das Jahr 2019 war neben dem Untergang der Sozialdemokratie auch ein Jahr der eklatanten Rechtsbrüche im 16. Landtag von Baden-Württemberg. Die Gut- und Witterungsfaktionen und die von ihnen gewählten Präsidenten befinden sich schon seit Längerem im Zustand geistiger und moralischer Insolvenz. Kaum ein Plenartag verging, an dem mir oder beispielsweise den Kollegen der AfD-Fraktion nicht das Wort entzogen, gekürzt oder abgeschnitten oder das Mikrofon abgedreht wurde. Auch inhaltlich wertende und damit unbillige Interventionen von Frau Präsident Aras waren hierbei keine Seltenheit.

Präsident Donald Trump, der Anführer der freien Welt, eine wahre Lichtgestalt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, meine Güte! Hoffentlich bekommen Sie über Weihnachten die Erleuchtung!)

hätte vielen von Ihnen „low energy“ attestiert. Ich hingegen sage Ihnen, Frau Präsident: Sie sind „low Geschäftsordnung“ und „low Verfassung“.

Man beginnt in diesen Zeiten, Präsident Klenk zu vermissen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

der die Debatten mit ruhiger Hand und Kenntnis der deutschen Ansprache führte, anstatt wild mit der Glocke zu läuten, um seiner Überforderung Ausdruck zu verleihen.

(Zuruf: Es ist doch Weihnachten!)

Auf Frau Aras möchte ich gar nicht weiter eingehen. Ein kleines tänzerisches Intermezzo mit einem Bauzaun aus dem Jahr 2011 gibt hier sämtliche Informationen. Aber von Frau Kurtz bin ich auch als Konservativer enttäuscht. Ihr Engagement für und ihre Befürwortung von Therapeuten, die Menschen mit homosexueller Neigung auf deren ausdrücklichen Wunsch eine wichtige Hilfe bieten und den freien Willen dieser Menschen auf Behandlung unterstützen, war löblich und aller Ehren wert. Sie waren hier eine Vorreiterin für Werte und Ordnung in unserem Land. Wo aber, frage ich Sie, ist Ihr Konservativismus geblieben, wenn es um unsere Verfassung und unsere Geschäftsordnung geht? Hier neigen Sie eher zur stalinistischen Ochlokratie denn zum konservativen korrekten Ordnungsbild.

Meine zahlreichen Geschäftsordnungsanträge wurden entweder gar nicht oder zumindest stümperhaft und unprofessionell behandelt. Frau Kurtz gab neulich gar zu verstehen, sie erkenne in meinem Vortrag überhaupt keinen zulässigen Geschäftsordnungsantrag. Entweder Sie beginnen damit, die Geschäftsordnung zu lesen und zu lernen, oder Sie treten zurück und widmen sich wieder einem sinnvollen Beruf.

Die Hüter der Geschäftsordnung, die Mehrheit im Parlament, Sie also üben sich nicht weniger in permanent illegalem Gebaren. Man sehe sich die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen nur einmal an: Herr Kern FDP/DVP hält als katholischer Theologe die heilige Inquisition für rechtsextrem. Bei so viel Unfug würde ich auch einen Burn-out erleiden. Aber wahrscheinlich zeigen sich auch hier die Verwerfungen einer in Auflösung begriffenen Bildung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Peinlich, peinlich! Sie sollten sich schämen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Unverschämtheit! – Abg. Bernd Gögel AfD: Das geht gar nicht, Heinrich!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, warten Sie bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich habe noch eine Minute.

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben Zeit, ja. Mir geht es nicht um die Zeit. Ich bitte Sie, sich einfach in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Krankheiten von irgendeinem Abgeordneten gehen hier niemanden etwas an.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Unterirdisch!)

Das ist Privatsache, und das hat hier in dieser Debatte nichts zu suchen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden auch nicht über Ihre! – Abg. Nicole Razavi CDU: Charakterlos! – Zuruf: Sie sollten sich schämen!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Aber wahrscheinlich zeigt sich auch hier die Verwerfung einer in Auflösung begriffenen Bildung.

Herr Sckerl wollte im Untersuchungsausschussprozess noch Einfluss auf die Staatsanwaltschaft nehmen und spioniert trotz eigener Verflechtungen in die Radikalität am liebsten AfD-Mitarbeiter aus. Frau Razavi, die Kampfdame der Union – Und wen die SPD ernannt hat, weiß ich nicht einmal; aber glauben Sie mir, es ist irrelevant.

Stünden Sie auf dem Boden der Verfassung, hätten Sie Christina Baum ins Parlamentarische Kontrollgremium gewählt. Denn es geht hier überhaupt nicht darum, ob die Dame Ihnen gefällt oder nicht, sondern darum, welche Fraktion sie aufgestellt hat. Stünden Sie auf dem Boden der Verfassung, hätten Sie der Einsetzung der Untersuchungsausschüsse Islam und Linksextremismus zugestimmt. Stünden Sie auf dem Boden der Verfassung, würden nicht Abgeordnete von der Polizei abgeführt. Es bedarf Ihrer dringenden Abwahl, um endlich wieder Recht und Gesetz in diesem Land walten zu lassen und in den Reigen der europäischen Völker zu treten.

Deswegen fordere ich jetzt hier die Abstimmung über diesen wesentlichen Sachverhalt, um für die Zukunft unseres Parlaments, für die Geradlinigkeit, für Recht und Gerechtigkeit eine Debatte jetzt hier und heute anzustoßen.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gehört.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Anhören müssen!)

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit abgelehnt, und wir treten in die Tagesordnung ein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schon wieder zehn Minuten Zeit gestohlen! – Unruhe)

– Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksachen 16/7171, 16/7320, 16/7321

Meine Damen und Herren, für die Dritte Beratung des Haushalts 2020/2021 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist in den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt immer wieder deutlich geworden: Wir leben in Zeiten der Transformation. Globale Entwicklungen – ökologische, aber auch ökonomische – zwingen uns zu Veränderungen. Gleichzeitig – auch das ist in diesen Debatten in den letzten Wochen immer wieder deutlich geworden – ist unsere liberale und rechtsstaatliche Demokratie die entscheidende Basis und unser unersetzlicher Anker, die wir verteidigen und stärken werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Streit um die Sache und den geeigneten Weg ist richtig und wichtig. Aber die Ignoranz gegenüber Fakten oder das pure Diffamieren des politischen Gegners bringen uns nicht weiter; ganz im Gegenteil.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Schön, dass Sie das einsehen!)

In diesen Zeiten sind Verantwortung und weitsichtiges Handeln angesagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Der Klimawandel lässt uns nicht mehr viel Handlungsspielraum.

(Zuruf von der AfD: Oh bitte! – Unruhe bei der AfD)

Es ist für alle klar: In dieser Dekade werden wir entscheidende Fortschritte erzielen müssen, sonst können wir die Erderwärmung nicht mehr eindämmen, so wie es die Weltgemeinschaft eigentlich vereinbart hat.

(Zuruf von der AfD: Sie sowieso nicht!)

Entscheidend ist, dass wir schnell möglichst viel Wirkung erzielen. Es ist natürlich klar, dass die Klimakonferenz, die jetzt in Madrid stattfand, für diese Frage eine herbe Enttäuschung war. Das muss man leider einfach feststellen. Gleichzeitig haben wir aber auch Hoffnung,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

wenn wir sehen: In Europa tut sich etwas. Ein Green Deal wird vorbereitet, und – das kann man in diesen Tagen auch sagen; darüber bin ich auch sehr froh – unser grüner Minis-

(Thekla Walker)

terpräsident hat im Bundesrat zusammen mit anderen erreicht, dass wir mit einem höheren CO₂-Preis einsteigen, eine höhere Lenkungswirkung erreichen werden. Damit gehen wir in Deutschland wirklich einen Schritt nach vorn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Ich finde es sehr bedauerlich und auch erstaunlich, dass ausgerechnet Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen, die der SPD angehören, dies blockiert haben. Ich hoffe, das ändert sich in Zukunft, wenn wir bei diesem Thema weiterkommen wollen.

Es ist sicher auch für das Land gut – darüber reden wir heute bei diesem Doppelhaushalt –, dass wir unseren Beitrag leisten.

(Unruhe)

Wir haben die Mittel für den Klimaschutz im Land verdoppelt, nachdem klar war, dass wir über Mehreinnahmen für diesen Haushalt verfügen. Wir tun auf Landesebene alles, um dem menschengemachten Klimawandel hier auf unserer Ebene Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gut so! Sehr gut! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Den gibt es doch gar nicht!)

Im Autoland Baden-Württemberg ist die Transformation hin zu einer weitestgehend emissionsfreien Mobilität dabei sicher der wichtigste Schritt für mehr Klimaschutz,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

aber auch für den wirtschaftlichen Wohlstand in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein. – Das ist wichtig für alle Menschen in diesem Land, die in diesem Sektor eben auch arbeiten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie vernichten doch die Arbeit in unserem Land! Sie zerstören unser Land!)

Wir fördern und wir forschen dabei technologieoffen. Welche Antriebsarten sich auf Dauer durchsetzen, werden Forschung, Entwicklung, aber auch der Markt zeigen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie kennen sich doch gar nicht im Markt aus!)

Die Politik muss die Rahmenbedingungen und die richtigen Leitplanken setzen. Es ist vollkommen klar, dass wir –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie um etwas mehr Ruhe bitten. Zwischenrufe sind erlaubt, aber nicht permanent. Sie haben nicht das Wort. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Genau, erst zuhören. Wir mussten Ihnen auch gerade zuhören.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist vollkommen klar, dass wir nicht einfach Millionen Verbrennungsmotoren durch alternative oder elektrische Antriebe ersetzen können; das können wir gar nicht. Was wir brauchen, ist eine ganzheitliche Transformation. Wir brauchen Mobilität für Bus-, Rad-, Bahn- und Fußverkehr – eine ganzheitliche Transformation, wie ich vorhin schon sagte. Das ist ein Mobilitätsmix, mit dem wir die Klimaschutzziele erreichen können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dafür nehmen wir mit diesem Doppelhaushalt auch sehr viel Geld in die Hand.

Es ist schon erstaunlich, dass eine markliberale Partei wie die FDP hier wieder einmal eine einseitige Fixierung auf Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe und eine seltsame Pauschkritik an der Elektromobilität formuliert hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Mittel für den Strategiedialog sollten gar ganz gestrichen werden. Ehrlich gesagt: Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Legen Sie doch einmal Ihre ideologischen Scheuklappen ab, und diskutieren Sie mit uns technologieoffen über den richtigen Weg, Herr Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Danke, gleichfalls! Ihr seid doch Batterie-Ideologen!)

– Sie haben ja nachher Zeit, sich zu äußern.

Ein Haushalt der Verantwortung bedeutet für uns natürlich auch, in Menschen und Ideen zu investieren. Jeder vierte Euro in diesem Haushalt geht in den Bildungsetat. Die Hochschulen bekommen 1,8 Milliarden € bis zum Jahr 2025 für die Hochschulentwicklung – auch für den Hochschulvertrag. Wir haben neue IT-Studienplätze, wir kofinanzieren den Quantencomputer in Baden-Württemberg, und wir stellen einen zweistelligen Millionenbetrag für die Wasserstofftechnologie zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich denke, Baden-Württemberg kann mit diesen Investitionen seinen Spitzenplatz in Forschung, Entwicklung und auch im Exzellenzvergleich der Länder für die Zukunft gut sichern.

(Beifall bei den Grünen)

(Thekla Walker)

Es ist auch klar: Weitreichende Umbrüche und auch Richtungsstreits können für eine Gesellschaft sehr belastend sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie fahren die Gesellschaft an die Wand!)

Leider wird in den Debatten viel zu oft polarisiert, mit Fake News gearbeitet, wird gespalten statt zusammenzuführen – Alt gegen Jung, Stadt gegen Land, Arm gegen Reich. Wohin diese Entwicklung führt, sehen wir in diesen Tagen in Großbritannien und auch in den Vereinigten Staaten.

Wir haben deshalb die Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Stabilität hängt entscheidend von einem fairen Miteinander und sozialem Ausgleich ab. Grüne Sozialpolitik setzt auf Teilhabe und Beteiligung. Deshalb möchte ich hier beispielhaft nennen: In unserem Haushalt haben wir uns für den „Zukunftsplan Jugend“, für Frauenhäuser und Kinderschutz, für viele Bereiche der Inklusion und auch für den Pakt für Integration eingesetzt.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Politik des Gehörtwerdens stärkt den Zusammenhalt. Sie setzt auf Beteiligung, mitreden, Ideen entwickeln und einbringen.

Beteiligung findet in Baden-Württemberg mehr statt als je zuvor. Wir wollen damit auch Menschen erreichen, die sich nicht dauerhaft und zu allen Themen politisch engagieren wollen oder können. Das Modell, das Konzept der Beteiligung über den Zufallsbürger hat bundesweit Anerkennung gefunden und auch Schule gemacht. Es zeigt sich in Umfragen: Eine gute Beteiligung im Land sorgt dafür, dass Demokratie, dass unsere demokratischen Werte stärker geschätzt werden. Wie der Vergleich unter den Bundesländern zeigt, ist diese Wertschätzung in Baden-Württemberg gestiegen, in anderen Bundesländern hat sie sich nicht so gut entwickelt. Deswegen stärken wir in diesem Haushalt auch die Allianz für Beteiligung. Wir wollen weitere Beteiligungsprozesse zum Bereich der Automobilwirtschaft und auch einen Klimadialog auf den Weg bringen. Ich möchte an dieser Stelle einmal ganz ausdrücklich unserer Staatsrätin Gisela Erler für ihre unermüdliche Arbeit und ihr Engagement an der Graswurzel der Demokratie danken.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist klar: Strukturwandel und Transformation erfordern hohe Investitionen. Inzwischen gibt es bundesweit eine Debatte darüber, ob die Schuldenbremse überhaupt noch sinnvoll ist. Ich finde es richtig, dass wir an der Schuldenbremse festhalten, denn die grundgesetzliche Schuldenbremse ist ja etwas anderes als die schwarze Null. Das Grundgesetz erlaubt es uns, unter bestimmten Bedingungen – bei Naturkatastrophen oder auch bei einer bestimmten konjunkturellen Entwicklung – Schulden aufzunehmen. Ich finde, es ist ein guter Schritt, dass wir jetzt mit der Landeshaushaltsordnung die Voraussetzung dafür schaffen, dass wir in Kürze die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen können. Ich finde aber auch die begonnene Debatte über eine Investitionsregel, die die Schuldenbremse ergänzt, richtig und wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir sind bei der Schuldentilgung in den letzten beiden Jahren ein großes Stück vorangekommen. Wir haben im letzten Jahr insgesamt 1,25 Milliarden € Kreditmarktschulden getilgt. Wir haben Kreditermächtigungen im Umfang von anderthalb Milliarden Euro abgelöst, und es ist auch gut, dass wir in diesem Doppelhaushalt noch einmal 132 Millionen € Kreditmarktschulden tilgen.

Klar ist: Wir hätten natürlich auch noch mehr Schulden tilgen können; keine Frage. Im Gegensatz zu SPD und FDP/DVP halten wir es aber für richtig, Rücklagen für mögliche Haushaltsrisiken

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wahlkämpfe! Für mögliche Wahlkämpfe!)

und für mögliche konjunkturelle Risiken – Herr Rülke – zu bilden. Dagegen will die FDP/DVP 0 € zurücklegen, gleichzeitig aber auch noch den Grunderwerbsteuersatz senken, sodass wir einen Einnahmeausfall von 650 Millionen € haben würden. Sie wollen zudem 2,5 Milliarden € an Mehrausgaben; Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge umfassen 600 Millionen €. So kann man auch Haushaltspolitik machen – oder so, wie es die SPD vorgeschlagen hat: ebenfalls 0 € in die Rücklagen und gleichzeitig fast 1 Milliarde € strukturelle Mehrausgaben –

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

überwiegend kommunale Ausgaben. Sie ignorieren dabei – es tut mir leid – systematisch die Aufgabenteilung zwischen Landesebene und kommunaler Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir wissen, dass das Leben der Menschen in den Kommunen gestaltet wird, Sie nicht!)

– Auch wir wissen, dass das Leben der Menschen in den Kommunen gestaltet wird; deswegen haben wir die Kommunen in den letzten Jahren hervorragend ausgestattet.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann sprechen Sie doch zur Abwechslung mal mit den Kommunen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die baden-württembergischen Kommunen stehen im Ländervergleich ganz hervorragend da;

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Aber nicht dank der Landesregierung!)

das wissen Sie auch. Ein Beleg dafür ist beispielsweise der kommunale Sanierungsfonds, der in den letzten Jahren mit 600 Millionen € ausgestattet wurde – eine Freiwilligkeitsleistung des Landes.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Kommunen sind begeistert!)

Die Kommunen brauchen keine Geschenke, sondern einen fairen Finanzausgleich. Genau darum ging es bei den Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden.

(Zurufe von der SPD)

(Thekla Walker)

Ich finde, das Ergebnis zum Bundesteilhabegesetz und zum Bereich der geduldeten Flüchtlinge kann sich sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Absolut! Absolut!)

Mit dem neuen Flächenfaktor in der Finanzausgleichsmasse haben wir einen Ausgleich für diejenigen bevölkerungsärmeren Kommunen gesucht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Großartig! Grüne Prinzipientreue!)

die aufgrund ihrer großen Fläche einen hohen Mittelbedarf für ihre Infrastruktur haben. Für uns Grüne ist wichtig, dass es keine Spaltung in der kommunalen Familie geben darf. Starke Städte und ein starker ländlicher Raum, das ist das Erfolgsrezept Baden-Württembergs, und dafür stehen wir Grünen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das muss erhalten und gestärkt werden. Es darf keinen Ausgleich geben, der zulasten weniger geht. Dafür haben wir mit dem Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, gesorgt. Dennoch sehen wir es als unsere Aufgabe an, die tatsächliche Wirkung des Flächenfaktors in den nächsten Jahren genau zu analysieren und zu evaluieren. Von einem Flächenfaktor müssen dünn besiedelte Gemeinden mit hohen Infrastrukturkosten profitieren. Erfüllt er diese Forderung nicht, werden wir nachsteuern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte zum Abschluss sehr gern noch Danke sagen. Ein guter Haushalt hat viele Mütter und Väter. Viele haben daran mitgewirkt und zu dem guten Ergebnis beigetragen. Dennoch ist es sicherlich richtig, an dieser Stelle einigen wenigen zu danken. Das sind an erster Stelle natürlich unsere Finanzministerin Edith Sitzmann und unsere Staatssekretärin Gisela Splett. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Die Kommunen bedanken sich!)

Ich danke natürlich auch den Kollegen unseres Koalitionspartners, stellvertretend meinem Sprecherkollegen Tobias Wald, für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Stickelberger, und seinem Team in der Landtagsverwaltung, das in den letzten Wochen Großartiges geleistet hat – nicht weniger als 540 Änderungsanträge mussten bearbeitet werden. Herzlichen Dank für diese Leistung!

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich danke natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die im Vorfeld und auch noch während der Beratungen gewohnt professionell, ausdauernd und präzise gearbeitet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Und natürlich danke ich allen Menschen im Land, die mit ihrer Arbeit und ihrem Steueraufkommen das Fundament für diesen Doppelhaushalt gelegt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den vorliegenden Doppelhaushalt können wir stolz sein. Er stellt wichtige Weichen für die Zukunft unseres Landes. Die Landesregierung hat dem Parlament einen sehr guten, soliden Haushaltsentwurf vorgelegt. Herzlichen Dank hierfür. Ich danke unserer Finanzministerin Edith Sitzmann und unserer Staatssekretärin Gisela Splett sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit und die Vorbereitung des Zahlenwerks.

Ich kann für die CDU-Landtagsfraktion sagen: Wir haben im parlamentarischen Verfahren unser Königsrecht aktiv und reg genutzt und weitere wichtige politische Schwerpunkte gesetzt. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir nun einen Doppelhaushalt, welcher solide, zukunftsgerichtet und verantwortungsbewusst ist; denn wir investieren in den Wohlstand von morgen, und wir sichern die Investitionskraft unseres Landes. Damit stehen wir für eine nachhaltige und generationengerechte Politik.

Meine Damen und Herren, Haushalt ist immer konkret:

Erstens: Wir machen Baden-Württemberg noch sicherer. Wir setzen die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte unseres Landes fort: 3 000 neue Polizeianwärter, über 400 neue Stellen in der Justiz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir stehen damit für einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit, Recht und Ordnung garantiert.

Zweitens: Wir machen Baden-Württemberg noch digitaler.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Über 611 Millionen € investieren wir flächendeckend in das Glasfasernetz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Drittens: Wir machen Baden-Württemberg noch innovativer. Zusätzliche 216 Millionen € fließen in die Hochschulfinanzierung, in 150 neue IT-Studienplätze, in die Förderung der künstlichen Intelligenz, und wir bilden eine Rücklage von 40 Millionen € und legen somit den Grundstein für den leistungsfähigsten Quantencomputer der Welt – alles in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die CDU als Digitalismuspartei, oder wie?)

(Tobias Wald)

Viertens: Wir machen die Wirtschaft und das Handwerk noch stärker. Wir investieren in alternative Antriebe; denn wir wollen Mobilität im Land technologieoffen weiterentwickeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Mit der Meisterprämie und der Meistergründungsprämie sichern wir dem Handwerk Fach- und Führungskräfte; denn hier brauchen wir gute Betriebsnachfolger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Fünftens: Wir machen Baden-Württemberg in der Bildung noch besser. Mit 24,7 Milliarden € investieren wir eine Rekordsumme in die Bildung. 25 % des Haushalts fließen in die Bildung – dank unserer engagierten und sehr erfolgreichen Kultusministerin Susanne Eisenmann. Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Als Finanzpolitiker weiß ich: Du, liebe Susanne, investierst zielgerecht in Schule, Betreuung und frühkindliche Bildung – anders als dein Amtsvorgänger, der total versagt hat.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Deine Vorschläge und Konzepte sind schlüssig, klar und überzeugend.

(Zuruf: Welche?)

In der Haushaltskommission konnte dem jeder nur zustimmen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wer hat das denn aufgeschrieben? – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Wald, einen Moment, bitte.

Abg. Tobias Wald CDU: Kein Problem.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

Abg. Tobias Wald CDU: Ich komme mit denen schon zu recht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Er lächelt doch selbst schon! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es geht um 1 000 zusätzliche Lehrerstellen, Herr Kollege, die ihr Vorgänger streichen wollte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die haben Sie gestrichen!
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bei euch ist der Unterrichtsausfall so hoch wie nie zuvor!)

Wir sagen dem Unterrichtsausfall den Kampf an. 400 Millionen € gehen in den Bau und die Sanierung von Schulen – auch in Mannheim, Herr Kollege. Dort können Sie dann im Stadtrat die Hand heben und das Geld verbauen.

(Zurufe von der SPD)

Wir verdoppeln die Kindergartenförderung auf über 1 Milliarde €. Wir stärken die Schwimmfähigkeit der Kinder; denn das ist uns auch wichtig. Wir investieren 51 Millionen € in die Musikschulen und Jugendkunstschulen. Wir geben zielgerichtet 170 Millionen € in die flexible und familienfreundliche Ganztagsbetreuung. Dies ist ein neuer Weg – dank Susanne Eisenmann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zum sechsten Punkt: Wir machen Baden-Württemberg noch wohnlicher. Mit dem Änderungsantrag zum Wohnungsbau schaffen wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine ideale Entfaltung des Kommunalfonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht. Wir investieren nach Verabschiedung dieses Haushalts in dieser Legislaturperiode 1,1 Milliarden € in den Wohnungsbau für Familien, Singles, Alleinstehende, Senioren, Mieter und Eigentümer. Darauf, meine Damen und Herren, können wir auch stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Siebtens: Wir machen Baden-Württemberg nachhaltiger. Unser Wald – also nicht nur ich –

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

ist ein wichtiger Lebensraum im Kampf gegen den Klimawandel. Baden-Württemberg ist ein Waldland. Deshalb stärken wir mit diesem Haushalt unseren Wald zusätzlich mit über 100 Millionen €.

Achtens: Wir machen Baden-Württemberg noch klimafreundlicher; wir bringen den Klimaschutz nachhaltig voran. Wir unterstützen die Landwirtschaft in unserem Land, denn diese bietet mit ihren Lebensmitteln das, was wir dringend benötigen: Produkte von daheim. Lieber Erdbeeren aus dem mittelbadischen Unzhurst als Avocados aus Mexiko.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Mit unserer neuen Klimaschutzstiftung legen wir den Grundstein für ein klimaneutrales Baden-Württemberg.

Neuntens: Wir machen Baden-Württemberg noch lebenswerter und schaffen den Ausgleich zwischen den Ballungszentren und dem ländlichen Raum.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das ist die Stärke unseres Landes, meine Damen und Herren. Das erfolgreiche Förderprogramm ELR, um das uns alle anderen Bundesländer beneiden, haben wir massiv aufgestockt. Nun stehen 180 Millionen € im ELR-Programm zur Verfügung. Wir stocken unser erfolgreiches Landärzteprogramm weiter auf. Wir verdoppeln die Mittel im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 320 Millionen € und setzen damit ein starkes Signal für die kommunale Infrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

(Tobias Wald)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Punkt für die CDU-Fraktion sind die Kommunalfinanzen. Der CDU-Familie und allen voran unserem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Reinhart sind gute und intensive Beziehungen zur kommunalen Familie sehr wichtig. Bereits im Frühjahr haben wir beide als Mitglieder der Haushaltskommission nach den Erfahrungen des letzten Doppelhaushalts die Erwartung an eine frühzeitige Einigung in der Gemeinsamen Finanzkommission – noch vor der Sommerpause – zum jetzigen Doppelhaushalt kommuniziert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat ja toll funktioniert!)

Das hat mal wieder länger gedauert, aber es waren auch keine leichten Themen. Doch das Ergebnis zählt, und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Hier herzlichen Dank an die kommunale Familie, aber auch an unsere Vertreter in der GfK, Innenminister Thomas Strobl und Finanzministerin Edith Sitzmann. Das Ergebnis zählt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Kommunen und Land Hand in Hand und stets auf Augenhöhe, das ist uns wichtig. Und wir CDU-Abgeordneten kennen die Herausforderungen vor Ort in den Kommunen. Deshalb war uns eine Einigung auch sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, Haushalt ist immer konkret. Deshalb: Die Mittel für den Kommunalen Investitionsfonds werden ab 2020 weiter massiv aufgestockt. Wir sorgen für einen solventen Ausgleich von Aufwendungen für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Wir stellen 126 Millionen € für die Jahre 2020 und 2021 bereit. Und der Landkreistag hat mir gestern Abend wieder bestätigt: Wald, das passt.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die Leistungsträger werden mit einem Beitrag von 15,5 Millionen € – Herr Hofelich, hören Sie gut zu – entschädigt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ich höre gut zu, aber das ist belastend! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das hat der Sozialminister mit seinem Schreiben nochmals klar kommuniziert, und Sie können Ihren Antrag gern zurückziehen. Seine Aussage gilt für mich, und haushalterisch ist das schon abgesichert. Deshalb: Wir stimmen Ihrem scheinheiligen Antrag nicht zu.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir werden uns an den Aufwendungen für die Geduldeten mit 170 Millionen € pro Jahr weiter beteiligen. Wir haben den Integrationslastenausgleich mit 15 Millionen € verlängert. Wir stehen zum „Gute Kita“-Gesetz des Bundes und reichen alle Bundesmittel im Verhältnis 1 : 1 weiter an die Kommunen. Damit nicht genug: Mit dem Doppelhaushalt halten wir auch Wort, was den Flächenfaktor angeht.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Unser Koalitionsvertrag sieht die Einführung eines Flächenfaktors in der Finanzausgleichsmasse A mit dem Ziel vor, die

ländlichen Gemeinden, welche eine höhere Infrastrukturbelastung haben, zu berücksichtigen. Die Bedarfsermittlung orientiert sich künftig am Grundkopfbetrag – nicht mehr nur nach der Gemeindegröße, sondern auch nach der Einwohnerdichte, und dies bei mangelnder Steuerkraft.

Das bedeutet für die Zukunft ganz konkret: Für bedürftige Flächengemeinden gibt es mehr Gerechtigkeit. Das war ein Ziel der CDU-Landtagsfraktion. Ich danke allen Beteiligten für diese Einigung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen: Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen handeln mit Herz und Verstand. Ich sage allen Steuerzahlern, ob privat oder in der Wirtschaft, und der gesamten Finanzverwaltung noch einmal herzlichen Dank.

Danke auch an unseren Koalitionspartner, allen voran an meine geschätzte Kollegin Thekla Walker.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Dank sage ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Ministerien und Behörden und ganz besonders der Verwaltung des Landtags, die zu diesem gelungenen Haushalt ebenfalls einen großen Beitrag geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, sämtliche Ausgaben im Landeshaushalt, mit denen wir die Zukunft von Baden-Württemberg gestalten, sind nur möglich, wenn auch die entsprechenden Einnahmen zur Verfügung stehen

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das wird sich aber ändern, gell?)

und wenn das Geld zusammengehalten wird. Diese wichtige Arbeit wird dort gemeinsam mit den Regierungspartnern jeden Tag geleistet. Zum Ausruhen gibt es keinen Anlass, es geht weiter.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Weiter abwärts!)

Für eine gedeihliche Zukunft braucht es eine Agenda mit einem stabilen Fundament, einem Fundament aus liberal-konservativen Werten, einem Fundament aus soliden Staatsfinanzen, einem Fundament mit einem starken Staat, der zwar den Rahmen setzt, aber Freiheit statt Bürokratie garantiert. Dafür steht die CDU-Landtagsfraktion, daran arbeiten wir weiter.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir sind der Garant für Wohlergehen – mit wirtschafts- und ordnungspolitischen Werten, die sich an Eigenverantwortung und Solidarität gleichermaßen orientieren. Dafür stehen wir, und dafür handeln wir jeden Tag – nicht für uns, sondern für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Natürlich stimmen wir diesem gelungenen Staatshaushalt 2020/2021 zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich ähnlich wie schon bei der zweiten Lesung und wie auch die Kollegen, die vor mir gesprochen haben, zu Beginn meiner Ansprache in der Dritten Beratung zum Haushalt sehr herzlich bedanken: beim Finanzministerium, bei der Finanzministerin, bei der Staatssekretärin, bei allen Beamtinnen und Beamten und Mitarbeitern für die Vorlage des Haushaltsentwurfs und für die Debatten, die wir hatten. Ich danke auch allen im Parlament, die dazu beigetragen haben, dass wir uns durch die Materie nicht nur durchgearbeitet haben, sondern heute einen Haushalt vorliegen haben, über den wir natürlich kontrovers diskutieren, über den wir aber abstimmen können. Das will ich zunächst eindeutig sagen.

Es gibt aber auch Töne, bei denen kleinere Marketingaktionen oder kleinere Abrechnungen zum Tragen kommen. Kollege Wald, eines will ich Ihnen schon sagen: Wenn Sie hier als Oberlehrer Zensuren verteilen

(Abg. Tobias Wald CDU unterhält sich mit Abg. Nicole Razavi CDU.)

bei einem in seiner Amtszeit beliebten und anerkannten Kultusminister, dann möchte ich Ihnen meinen Eindruck nicht vorenthalten – wenn Sie mir gerade zuhören würden –, dass Sie während der Beratungen zu diesem Haushalt eher auf der anderen Seite des Klassenzimmers gesessen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die vergangenen Wochen der Haushaltseinbringung und der Beratung haben einen Staatshaushaltsentwurf für das Land Baden-Württemberg für 2020 und 2021 gezeigt, der viel Geld und wenig Gestaltungswillen umfasst.

(Beifall bei der SPD)

15 Monate vor der Landtagswahl geht es eben nicht mehr um eine gemeinsame Richtung, sondern um die jeweilige parteiegoistische Marschrichtung. Eigentlich war das, haushalterisch betrachtet, seit 2016 nie anders. Wer eine komplementäre Koalition zweier konservativer Parteien mit Nebenabsprachen beginnt,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

der wird irgendwann zwangsläufig mit gambischen Bienen enden.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn es nicht alle schreiben, erleben tun wir es alle: Meine Damen und Herren, wir leben in einem stolzen Land, aber man hat mit Blick auf die Regierung zunehmend den Eindruck, dass wir in byzantinischen Verhältnissen leben.

(Beifall bei der SPD)

Dass dafür die Person des Ministerpräsidenten, der – ich weiß es – heute aus gutem Grund nicht da sein kann, ursächlich ist, ist offenkundig. Er präsidiert, statt zu regieren. Darunter breiten sich politische Biotope aus – siehe diesen Haushalt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

Und wo er regiert, macht er es präsidential. Das Staatsministerium zieht die interessanten Themen an sich, und zwar unter dem natürlich unschlagbaren Vorwand der Querschnittsthematik – siehe die Themen „Zukunft des Automobils“ und „Künstliche Intelligenz“. In den USA ist er offenbar auf den Geschmack gekommen. Er ist der Governor. Der Rest ist Mangelwirtschaft, und bei den Ressorts: Unterrichtsausfall, Wohnungsmangel, Arbeitsplatzrisiko – die Liste ist lang. Es ist aber, meine Damen und Herren, die Liste der Lebenswirklichkeit der Baden-Württemberger. Aber das schert die konservative Koalition nicht. Grün-Schwarz schwimmt im Geld. Ganz in konservativer Tradition: Die Regierung lindert, aber sie löst nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dies, Kolleginnen und Kollegen, ist das Netto dieses heute endgültig zu beschließenden Haushalts. Grün-Schwarz hat Geld der Bürger, aber keine Lösungskompetenz für die Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat Rückschau zum Doppelhaushalt gehalten. Hier sind in drei Punkten unsere Standpunkte.

Erstens zum Haushaltsverfahren – der unserer Fraktion angehörende Vorsitzende des Finanzausschusses hat es bereits angesprochen und Veränderungen angemahnt –: Eingehen der Regierungsanträge bis kurz vor Mitternacht vor einem Ausschusstag, getrennte Beratungen eigentlich nicht genügend vorbereitbarer Haushaltssachverhalte, Anträge der Regierungsfractionen, die längst in den Haushaltsentwurf hätten eingearbeitet werden können, und – das füge ich hinzu – eine Debatte der Regierungsfractionen, die nicht argumentieren, sondern schweigen und dann exekutieren,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

eine Finanzministerin, die nicht interveniert und begründet, sondern passiv mitverfolgt, und die bei der zweiten Lesung sogar zeitweise gar nicht im Plenarsaal war.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist nicht hinnehmbar. Die Beratung des Haushalts 2020/2021 von Baden-Württemberg markiert einen Tiefpunkt im Königsrecht des Parlaments, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oh Mann, oh Mann! Wie tief muss man eigentlich sinken?)

Dazu kommen rechtlich und politisch fragwürdige Grenzüberschreitungen. Nehmen wir den Begriff „Fraktionsgelder“ – über Jahre hinweg die kaum verbräunte Gelegenheit für die Regierungsfractionen, mit geringen Haushaltsspielräumen im Entwurf Versäumtes noch auszubügeln. Heute ist dies bei

(Peter Hofelich)

Grün-Schwarz quasi eine institutionelle eigene Haushaltsstelle. Originaltext „Stuttgarter Nachrichten“ vom 10. Dezember:

Aus der Fraktionskasse spendiert die CDU nun 2 Millionen € für den Schwimmunterricht ...

In diesem Sinn auch Originalton aus dem Kreistag meines Heimatkreises zur Mitfinanzierung eines Geoparks:

Die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen haben uns ... die Finanzierung über Fraktionsmittel zugesagt. Dafür sind wir sehr dankbar. Der Landtag wird dies dann abschließend beschließen.

(Heiterkeit bei der SPD)

So weit ist es gekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Starkes Signal! – Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Für alle Staatsmänner und Staatsfrauen zum Nachdenken: Der Verstoß wird durch stilles Einverständnis zur Regel.

Weitere Beispiele ließen sich anfügen, insbesondere das Anhäufen von nicht näher bestimmten oder beschlossenen Reserven für künftige Wohltaten, das Durchstechen von Kabinettsvorlagen, zu denen die Öffentlichkeit morgens aus der Zeitung mehr weiß als das Parlament. Wir haben eine Verwilderung der Sitten in der Ordnung unseres Haushalts, und das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Tobias Wald CDU: Ich glaube, Sie sprechen von vor fünf Jahren!)

Und das Ganze erfolgt in einem indiskutablen Prozedere. Würde die Landtagsverwaltung die Oppositionsfraktionen nicht proaktiv informieren, wären wir oft parlamentarisch gar nicht beratungsfähig, meine Damen und Herren.

Zweitens zum Umgang mit der kommunalen Selbstverwaltung, nachdem ich gerade zum Prozedere gesprochen habe: Deutschland ist 1945 von unten nach oben aufgebaut worden: erst der Überlebenswille der Menschen und ihre Selbsthilfe, dann die kommunale Selbstverwaltung, dann die Staatlichkeit der Länder in den Besatzungszonen und dann die Bundesrepublik Deutschland – von unten nach oben, nicht andersherum. Der Ministerpräsident und die Finanzministerin haben das offenbar vergessen. Herr Kretschmann beschwert sich über Einflussnahmen des Bundes, er führt aber die Gemeinden unseres Landes am grünen Gängelband.

(Beifall bei der SPD)

Da wird gerade noch von einem fairen Finanzausgleich gesprochen, und das in einer Phase dieser Legislatur, bei der die Vorwegentnahme erhöht worden ist – entgegen der Richtung, die einmal eingeschlagen worden war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die kühle Obrigkeitsattitüde, mit welcher seitens der Landesregierung in Verhandlungen mit den Kommunen agiert wird – zuletzt in der Gemeinsamen Finanzkommission –, hat nun aber auch gar nichts mit der selbstverwaltenden und freiheitlichen DNA dieses Bundeslands zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Zu den nun auf den letzten Drücker vorgelegten und heute abzustimmenden Ergebnissen der Gemeinsamen Finanzkommission haben wir eine sehr klare Position. Wir begrüßen alle erzielten Fortschritte. Diese sind auf Druck der kommunalen Seite und ein Stück weit auch der SPD entstanden.

(Lachen der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Tobias Wald CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Herr Hofelich, Sie sind so goldig! Was haben Sie denn gegeschmeckt? – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Die Regierung Kretschmann – – Jetzt wacht „Halleluja-Schwarz“ auf und eröffnet wieder die Abteilung Marketing. Aber es ist leider so: Der Druck ist angewachsen – das wissen Sie auch –, und den gab es auch hier im Parlament, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Herr Hofelich!)

Unglaublich! Schwarz steht angeschlagen in der Ringecke und meldet sich plötzlich noch einmal.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Sie sind ja Wahnsinn heute! Irre!)

Wir begrüßen alle erzielten Fortschritte. Ich sage das noch einmal: Sie sind auf Druck entstanden, und die Regierung Kretschmann und deren wortkarge Finanzministerin konnten ihre eigene finale Haltelinie nicht halten – zu Recht.

Wir fordern den Sozialminister aber auf, beim BTHG die 15 Millionen € für die freien Träger, für die er sich bei der Kundgebung feiern ließ, auch bereitzustellen, und nicht nur die plötzlich nachgeschobenen 4 Millionen €. Hierzu haben wir selbstverständlich einen Antrag gestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Den wir ablehnen, weil wir ihn nicht brauchen! Völlig überflüssig! Völlig überflüssig!)

Wir fragen uns auch, was wir von der jetzt angekündigten Einführung eines Flächenfaktors bei den Kommunen halten sollen. Hier scheint der Weg vom Koalitionsvertrag über fraktionsinterne Papiere und die Presse bis zur hektischen Regelung eigentlich am Gesetzgeber Landtag derzeit schnurstracks vorbeizuführen. Wir haben es nicht diskutiert – ein erneuter Stilbruch und Regelverstoß. Für heute kann ich sagen: Es gibt nichts Abstimmungsfähiges. Da kann man sich ja eigentlich nur enthalten.

Allerdings haben Sie jetzt schon ein schlechtes Gewissen, weil Sie von „Nachsteuern“ reden. Sie merken natürlich auch, dass Sie offenbar Dinge machen, die nur die halbe Wahrheit sind.

(Peter Hofelich)

Jetzt ist es ein Zuschlag des Landes, nach der Wahl wird es eine Umlage sein, die einige Kommunen trifft, meine Damen und Herren. Das müssen Sie aber jetzt sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir sind deshalb der Meinung, dass den Kommunen endlich auch wieder unkonditioniert mehr vom Kuchen gegeben werden kann, der alleweil zu verteilen ist, und zwar ganz ohne neue Instrumente, sondern schlichtweg über eine höhere Zuführung für alle – flächenmäßig große wie kleine Kommunen. Hier eine Spaltung zu betreiben ist eindeutig das falsche Signal. Wir fordern Sie deswegen auf, unserem Antrag zuzustimmen, den Finanzausgleich zu erhöhen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Gern auch etwas zum halbwegs erkennbaren Inhalt – das ist ja das, was heute neu hinzugekommen ist –: Die Landtagsfraktion der SPD ist im Rahmen regionaler Strukturpolitik für Hilfen für benachteiligte Gebiete immer zu haben. Das Auseinanderdriften von Lebenswirklichkeiten und deren kommunale Gegenfinanzierung beschränkt sich aber nicht auf die Kriterien „Ländlicher Raum“ und Fläche allein. Eine strukturschwache Kommune am Rand eines Verdichtungsraums kann ebenso hilfsbedürftig sein wie eine Kommune im ländlichen Raum mit großem Feldwege- oder Straßennetz, ganz zu schweigen von der lokalen Wirtschaftskraft. Grün-Schwarz hat leider einen Tunnelblick für den ländlichen Raum, der bei Weitem nicht die ganze Lebenswirklichkeit Baden-Württembergs darstellt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Aha!)

Deshalb: Ja zur Hilfe, Nein zur Gießkanne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Deshalb wollen Sie auch den Schwarzwald zuwachsen lassen! Das ist die SPD-Politik in Baden-Württemberg!)

– Ich erkenne schon das Gezeter von der CDU-Seite. – Es ist halt so: Wenn die Grünen schon die Linien der Politik bestimmen und die CDU dabei schleichend domestizieren, dann will die CDU wenigstens die eine oder andere Trophäe zum Vorzeigen für ihre verunsicherte Wählerschaft.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Völlig falsch! Wir stehen für ländlichen Raum, Sie für nichts!)

Sie werden verstehen: Wir assistieren dabei nicht; wir, die SPD, helfen lieber konkret.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Wir brauchen Sie nicht! – Zuruf von der CDU: Sie sind ja goldig!)

Es wird noch dramatischer.

(Lachen des Abg. Tobias Wald CDU)

Generell gilt: Die Haltung zu Anliegen zur Lebenswirklichkeit, wie z. B. der Tatsache, dass die Dynamisierung der Mit-

tel für Schulsozialarbeit auf der Strecke geblieben ist, zeigt, dass die Regierung Kretschmann konservativ abwehrt statt progressiv gestaltet. Wie der Herr, so's Gescherr!

(Beifall bei der SPD)

Drittens und letztens: die Projekte. Der Haushalt wird heute mit den Stimmen von Grün-Schwarz beschlossen. Die Opposition kann normalerweise konstatieren, dass nie ein Haushalt ohne ein Ja zu einem Oppositionsantrag den Plenarsaal verlassen hat – aber diesmal sieht es so aus; grün-schwarzes Dominanzgehabe. Lieber reicht man für die dritte Lesung selbst noch Anträge nach, wie jetzt z. B. zum Flächenfaktor.

Umgekehrt wissen wir heute alle schon, dass Grün-Schwarz mit seinen von den Bürgern verliehenen Geldreserven in den nächsten 15 Monaten noch manches nachholen wird, was die Koalition jetzt bei der fehlenden Zustimmung zu Oppositionsanträgen versäumt hat: für Alltagsmobilität mit einem 365-€-Ticket mehr zu tun, für Weiterbildung und Strukturwandel mit einem Fonds für kleine und mittlere Unternehmen mehr zu tun, für die Tages- und Kurzzeitpflege – keineswegs Old School, sondern Basic – mehr zu tun usw. Beginnen Sie endlich eine steilere Lernkurve, und holen Sie nicht nur dann etwas nach, wenn Sie am Ende merken, dass es schief läuft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Und dann der Klimawandel und das,

(Zurufe von der AfD)

was Herr Kretschmann zusammen mit Herrn Hofreiter hinbekommen hat, wie man in der Zeitung lesen konnte.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Wir haben es hinbekommen, dass sich das Klimapaket der Regierung verändert hat.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Da gab es einen SPD-Parteitag, der in der Lage gewesen war, das Ding sozusagen noch einmal politisch anzuspinnen, damit sich etwas bewegt. Deswegen –

(Zurufe, u. a. des Ministers Franz Untersteller – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Hofelich. Einen Moment bitte. – Sehr geehrter Herr Minister Untersteller, Ihnen ist bekannt, dass Sie von der Regierungsbank aus keine Zwischenrufe oder sonst etwas tätigen dürfen. Vielen Dank.

(Abg. Bernd Gögel AfD: So ist es!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Danke. Ich habe es nicht einmal gehört.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen sage ich an dieser Stelle nur zu Herrn Ministerpräsident Kretschmann: Wenn sich jemand so zitieren lässt, ist das Hybris, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Hofelich)

Meine Damen und Herren, die Jahre des Überflusses erleben Grün und Schwarz nicht nur zerstritten und nebeneinanderher lebend, sondern sie haben sie auch träge gemacht. Aus haushalterischer Sicht werden mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 Chancen liegen gelassen, statt Chancen für unser Land zu nutzen. Korrigieren können das wohl nur die Wählerinnen und Wähler. Uns seitens der SPD bleibt, den Finger in die Wunde zu legen, wie wir es heute gemacht haben, und weiterhin alles für dringend notwendige Korrekturen zu tun.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist ein Weihnachtzirkus! Was wollt ihr denn?)

– „Halleluja-Schwarz“, Schwarz, es bringt nichts mehr. Die Rede ist gleich zu Ende.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gott sei Dank! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Warum „Gott sei Dank“?

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Hier steht, dass ich noch eine Minute Redezeit habe.

(Anhaltende Unruhe)

Ein Abgeordneter, der die grüne Fraktion anführt und der während meiner Rede nichts als zwei Mal Häme bringt, der sollte sich einmal ein bisschen fragen, ob er hier im Parlament seine Rolle richtig spielt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Für uns seitens der SPD bleibt, den Finger in die Wunde zu legen und auch weiterhin alles für dringend notwendige Korrekturen zu tun, zum Wohle unseres Landes. Dafür sind wir gewählt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Alle Jahre wieder kommen die Haushaltsberatungen – entweder als Nachtragshaushalt oder wie hier als Doppelhaushalt –, und alle Jahre wieder gibt es nichts wirklich Neues zu berichten. Erneut haben wir einen Ausgabenhaushalt, der alle Rekorde bricht und sich diesmal auf 54,7 Milliarden € im Jahr 2020 und auf 55,9 Milliarden € im Jahr 2021 beläuft, wenn er um die Änderungen im Länderfinanzausgleich korrigiert wird. Wir haben einen alle Rekorde brechenden Schuldenhaushalt – wenn die Folgekosten des geplanten Personalwildwuchses bilanziert würden.

Nun haben wir hier wiederholt gehört, dass sich doch wohl niemand gegen 1 100 zusätzliche Lehrerstellen aussprechen wird, gegen zusätzliche Polizeibeamte, gegen mehr Richter, mehr Staatsanwälte, mehr Vollzugsbeamte. Nein, das machen auch wir nicht. Die AfD-Fraktion spricht sich aber rigoros gegen die vollständige Verweigerungshaltung der Regierungs-

fraktionen aus, sich auch nur den aller kleinsten Stelleneinsparungsverpflichtungen zu stellen

(Beifall bei der AfD)

und neue Aufgaben durch Umallokation in dem mit über 210 000 Stellen überaus üppig ausgestatteten Stellenplan von Baden-Württemberg zu erfüllen. Alle Oppositionsparteien, selbst die SPD, haben Stellenkürzungen als Zielsetzung formuliert und entsprechende Anträge gestellt. Die AfD-Fraktion hat die Wiedereinsetzung der Stelleneinsparungsverpflichtung in der Landeshaushaltsordnung beantragt.

(Beifall bei der AfD)

Insgesamt sollten 500 Stellen pro Jahr eingespart werden. Das sind zwei Promille des Landesstellenplans. Ein Unternehmen, welches sich Rationalisierungsmaßnahmen in der Größenordnung von zwei Promille verweigert, geht unweigerlich bankrott.

(Beifall bei der AfD)

Aber selbst dieser geradezu mikroskopisch geringen Verpflichtung verweigern sich die Regierungsfaktionen. Die Regierung setzt damit ein überaus deutlich sichtbares politisches Zeichen: „Mit uns wird es keine Sparanstrengungen geben – überhaupt keine. Nach uns die Sintflut.“ Wir werden Sie im nächsten Wahlkampf daran erinnern.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wir fassen also zusammen: Rekordausgaben, Rekordschulden und eine politische Totalverweigerung auch für die aller kleinsten Konsolidierungs- und Sparanstrengungen. Das nennen wir einmal ein Regierungsprogramm.

Ihre verantwortungslose Finanzpolitik führt direkt in die Katastrophe. In wenigen Jahren wird man Sie fragen, wo denn die Rekordsteuereinnahmen geblieben sind.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Die Antwort darauf kann ich Ihnen aber schon heute geben: Grün-Schwarz hat viel Geld für Klima, für Asyl, für Gender

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

und links-grüne ideologische Projekte ausgegeben, der Rest wurde einfach verprasst.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Der Staatshaushaltsplan ist die Grundlage dafür, dass die zentralen, die wichtigsten, die drängendsten Herausforderungen im Land angegangen werden können. „In Zahlen gegossene Politik“ ist ein gern genutztes Bild. Schauen wir uns also die wichtigsten, die drängendsten Herausforderungen und Probleme an, welche die Regierungsfaktionen identifiziert haben.

Da ist zuallererst natürlich die sogenannte Erderhitzung.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

(Dr. Rainer Podeswa)

Der Herr Ministerpräsident verbreitet dann auch als oberster Priester der Ökoreligion im Land die Legende von 11 000 Wissenschaftlern, die einen Aufruf zum Klimaschutz unterschrieben hätten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Darunter war auch viel Prominenz, z. B. Mickymaus und Professor Dumbledore aus Harry Potter.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Jetzt stellen wir uns vor, dass vielleicht noch die hoch anerkannten Klimawissenschaftler Til Schweiger oder Campino oder gar die Oberpriesterin der Weltklimaretter Greta Thunberg den Aufruf testiert hätten, dann wäre jeder Zweifel Blasphemie.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Du hast den Sonntag vergessen!)

Leider haben die Dumbledores und Mickey Mouses dieser Welt vergessen, zu erwähnen, dass es eine mittelalterliche und eine römische Warmzeit gab, die deutlich über unseren heutigen leichten Temperaturerhöhungen gelegen haben. Nun ist es den Historikern aber nicht gelungen, den Nachweis zu führen, dass die römischen Legionen mit dreckigen Diesellastwagen verlegt worden sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Die Historiker konnten auch nicht nachweisen, dass die Wikinger Amerika mit dieselbetriebenen Landungsbooten erobert hätten.

(Heiterkeit bei der AfD)

Wo kam also diese Erderwärmung – ganz ohne CO₂ – her, die es den Römern erlaubt hat, in England Wein anzubauen?

(Abg. Anton Baron AfD: Hört, hört!)

Ich will Ihnen das gern einmal grafisch zeigen.

(Der Redner hält ein Diagramm hoch.)

Oben sehen Sie die vom Herrn Ministerpräsidenten gezeigte Hockeystick-Kurve, unten auf derselben Skala die deutlich höheren Temperaturen, die wir zur römischen und mittelalterlichen Warmzeit hatten und die deutlich über den heutigen Temperaturen lagen. Basierend auf halbgaren Thesen macht Ministerpräsident Kretschmann also Politik gegen die Bürger und vor allem gegen die baden-württembergische Industrie.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geidon [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Der Geschäftsführer von Bosch, Herr Denner, sagt zur aktuellen Politik eindeutig – ich zitiere –:

Was wir können, ist Strukturwandel. Was wir nicht können, ist Strukturbruch.

Weiter:

Ein Veränderungsprozess braucht Zeit. Wenn man ihn dagegen dogmatisch übers Knie bricht, wird die Industrie den Wandel nicht bewältigen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

„Dogmatisch“, sagt Herr Denner zutreffend und bezeichnet die Klimahysterie der Regierungsfaktionen damit als verbindliche, normative Glaubensfrage.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

– Genau so ist es. Wissenschaft und Fakten sind in dieser Regierung überhaupt nicht mehr gefragt. Es geht um Glaubensfragen, um Dogmen. Ich hatte gedacht, wir hätten diese Zeit überwunden.

Der aktuelle Stellenabbau bei Bosch beträgt im Übrigen 3 500 Stellen. In der gesamten baden-württembergischen Automobilindustrie beläuft sich der Stellenabbau bereits auf mehrere Zehntausend.

Die zweitdrängendste Herausforderung im Land ist die innere Sicherheit. 3 000 zusätzliche Polizeianwärter darf Herr Innenminister Strobl einstellen. Nahe den Tränen der Rührung hat uns der Herr Innenminister hier im Plenum davon berichtet, dass Baden-Württemberg so sicher ist wie noch nie –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stimmt ja auch! – Abg. Tobias Wald CDU: Richtig!)

so sicher wie noch nie!

(Abg. Tobias Wald CDU: Jawohl!)

Ja, was denn nun, Herr Wald? Mehr Polizeibeamte, mehr Richter, mehr Staatsanwälte, mehr Vollzugsbeamte: Ist das dann nicht vollständig am Bedarf vorbeigeplant?

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

Aufwendungen im dreistelligen Millionenbereich für zusätzliche Haftvollzugsplätze: Wollen Sie die Leerstände ausbauen, oder ist die Sicherheitslage in Baden-Württemberg vielleicht doch eine ganz andere?

(Abg. Tobias Wald CDU: Null Ahnung!)

Jeder Weihnachtsmarkt mit Zugangssperren – besser bekannt unter „Merkel-Poller“ –, keine Großveranstaltung ohne Frauenschutzräume, -rückzugsgebiete und –

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

die neueste Idee, heute in allen Zeitungen – messerfreie Räume:

(Abg. Bernd Gögel AfD: Auch noch! – Abg. Carola Wolle AfD: Dank CDU!)

(Dr. Rainer Podeswa)

Das nenne ich einmal eine deutliche, eine unübersehbare Sprache für das sicherste Baden-Württemberg aller Zeiten.

(Beifall bei der AfD)

Die drittwichtigste Herausforderung im Land liegt nach diesem Haushaltsplan eher auf dem internationalen Parkett. Das ist verwunderlich. Entwicklungshilfe ist keine Landesaufgabe. Entwicklungshilfe erfolgt einzig aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Volksmund kurz „Entwicklungshilfeministerium“ genannt.

Trotzdem können die Regierungsfractionen hier in diesem Haushalt nicht genug Geld für Projekte im Irak, in Namibia, in Burundi und jetzt plötzlich in Gambia ausgeben. Woher kommt diese plötzliche Bedeutung von Bienenprojekten in Gambia für das Wohl der Bürger in Baden-Württemberg? Ich hole dazu etwas aus.

Weihnachten steht uns kurz bevor. Einer der Filme, die Weihnachten regelmäßig laufen, ist der alte Eddie-Murphy-Kraher „Der Prinz aus Zamunda“.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ein Afrikaner, der gern das Vermögen seines Volkes verprasst, geht nach Queens, um seine Traumfrau zu suchen. Hier, bei uns, in unserer heutigen Geschichte, geht ein reicher CDUler und Ziehsohn von Herrn Innenminister Strobl, der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Herr Manuel Hagel, nach Afrika, nach Gambia, um Geld zu verschenken – natürlich nicht sein eigenes Geld, sondern das Geld der baden-württembergischen Steuerzahler. Kaum war der Zögling von Herrn Strobl in Gambia, entdeckt der Herr Innenminister plötzlich, unvermittelt das Wohl der baden-württembergischen Bürger darin, Bienenprojekte in Gambia zu finanzieren. Ich wiederhole: Bienenprojekte! Man könnte nun sagen: „50 000 € pro Jahr“ – natürlich – „sind nicht viel Geld.“ Für die Bürger in unserem Land sind 50 000 € aber doch viel Geld. Erklären Sie das einmal den Menschen, die in stetig ansteigender Zahl darauf angewiesen sind, in den Tafelläden einzukaufen.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Oder erklären Sie es den über 1,5 Millionen Rentnern, die heute in Deutschland in Altersarmut leben.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Bienenprojekte in Gambia, das ist Parteienfilz in Reinkultur.

(Beifall bei der AfD)

Das kann eigentlich nur mit Steuergeldveruntreuung beschrieben werden. Sie veruntreuen das Geld der Steuerzahler, und die CDU-Fraktion stimmt dem hier im Plenum einstimmig zu.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Es gibt doch verantwortungsvolle, seriöse Mandatsträger unter Ihnen. Schämen Sie sich dafür eigentlich nicht?

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wie ist der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg nach Gambia gekommen? Auf Vermittlung von Herrn Gerald Knaus, Chef der Europäischen Stabilitätsinitiative.

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Hier sehen Sie das schöne Bild: Herr Manuel Hagel in der Mitte, umringt von Herrn Ebrima Sillah, Minister für Information und Kommunikation von Gambia, und Herrn Gerald Knaus, natürlich vor einem Bienenkorb – welcher Zufall.

Die sogenannten Initiativen des Herrn Knaus werden regelmäßig von der Open Society Foundation des George Soros finanziert. Herr Knaus ist ein Lobbyist der illegalen Einwanderung und ein typischer Schattenmensch der Politik ohne jede demokratische Legitimation. Die Politik der Landesregierung wird also getrieben von externen Beratern.

Die AfD-Fraktion bekennt sich zur direkten Demokratie. Wir beteiligen das Volk. Wir halten sonderbare Lobbygruppen sowie zwielichtige Stiftungen heraus aus Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie können wir uns eigentlich – Herr Kollege Hofelich ist in ähnlicher Weise darauf eingegangen – so eine Sitzung der Koalition zum Haushalt vorstellen? Alle rufen etwas herein, und jeder kriegt etwas. Manuel Hagel ruft: „Bienen in Gambia!“ Alexander Salomon ruft: „Lesbenforschung!“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Herr Hermann ruft: „Ich brauche ein paar Hundert Millionen für nicht funktionierende Züge!“

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Alles wird dann in Anträge gegossen, um 23 Uhr den Oppositionsparteien zur Kenntnis gegeben und am nächsten Morgen um 10 Uhr im Finanzausschuss durchgewunken. Ist das eine verantwortungsvolle Politik für Baden-Württemberg? Sieht so tatsächlich Ihr Regierungshandeln aus? Ich bin der Wahrheit wahrscheinlich viel zu nahe gekommen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Die AfD-Fraktion lehnt diesen Haushalt der Verantwortungslosigkeit und der verpassten Chancen ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion er-teile ich das Wort Herrn Abg. Brauer.

(Abg. Tobias Wald CDU: Aber jetzt etwas zum Haushalt! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jetzt gibt es vielleicht noch Hoffnung! Ich bin gespannt! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Für den Fiechtner nicht mehr!)

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushalte ruiniert man in guten Zeiten. Leider trifft dieser Spruch auch auf den Doppelhaushalt 2020/2021 zu. Dieser wird wohl heute nach der dritten Lesung unser künftiger Haushalt werden. Fraglich ist nur, ob er auch zukunftsfähig ist. Ich behaupte, nein – zum

(Stephen Brauer)

einen, weil es der Job eines Oppositionspolitikers ist, Schwächen im Haushalt aufzudecken, zum anderen, weil Sie mir so viele Gelegenheiten geben, Kritik zu üben. Es ist geradezu fahrlässig, wie Ihre Politik unter dem Spruch „Haushalte ruiniert man in guten Zeiten“ subsumiert werden kann.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Frage ist nämlich nicht, ob wir im Südwesten wirtschaftlich gute Zeiten hatten und ob das Land während dieser zehnjährigen Wachstumsphase hohe Einnahmen generiert hat. Das war unstreitig der Fall. Die Frage ist, ob wir mit Ihren Schwerpunktsetzungen, mit den Themen, die diese Landesregierung für wichtig hält, auch das kommende Jahrzehnt erfolgreich bestreiten können.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Daniel Rottmann AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Prognosen sind dann besonders schwierig, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Deshalb beginne ich lieber einmal mit der Gegenwart. Das ist einfacher, vor allem wenn man bereit ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Die Arbeitsplatzauswirkungen werden in der Regel als Spätindikatoren für die konjunkturelle Entwicklung angesehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Spätindikatoren“!)

Wenn nun bereits jetzt Stellenabbaupläne veröffentlicht werden, so lässt dies auf eine Rezession schließen, eine Rezession, die schon lange begonnen hat.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Für die baden-württembergische Industrie sah es nämlich bereits seit Ende 2018 nicht mehr so rosig aus. Dass die anhaltende künstliche Niedrigzinsphase durch die Geldpolitik der EZB und die noch stabile Binnenkonjunktur dem insgesamt entgegengewirkt haben und noch immer entgegenwirken, kann nicht über die bevorstehenden Entwicklungen hinwegtäuschen. Wir stehen an einem Scheideweg. Spätestens jetzt hätte man klug reagieren müssen. Denn es ist durchaus zu befürchten, dass sich die Negativmeldungen verstetigen und uns nicht nur eine konjunkturelle Delle bevorsteht, sondern strukturelle Verwerfungen zu einer lang anhaltenden Rezession führen werden, wenn man jetzt nicht gegensteuert.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Daniel Rottmann AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Betrachtet man die Weltwirtschaft, muss man schon ein großer Optimist sein, um die Gefahren für die Wirtschaft in unserem Land zu übersehen. Wenn eine Teileinigung im globalen Handelsstreit zwischen den USA und China schon als Silberstreif am Horizont interpretiert wird, ist es um die Weltwirtschaft nicht gut bestellt. Wenn nach der Wahl in Großbritannien der Brexit zur traurigen Gewissheit wird, hat dies Auswirkungen auf die Wirtschaft in unserem Land.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: So ist es!)

Das Vereinigte Königreich ist der fünftgrößte Exportpartner Deutschlands. Schon prozentual niedrigere Einbrüche werden wir deutlich spüren.

Was ist mit dem Rest der Europäischen Union? Uneinigkeit im Umgang mit dem Klimawandel und tiefe Zerwürfnisse bei der Steuerung der Zuwanderung; nach wie vor keine Einigung bei der Bankenunion und in Bezug auf den Schuldenberg mancher Mitgliedsstaaten. Das alles sind ungeklärte Rahmenbedingungen, die alles andere als geeignet erscheinen, um die europäischen Volkswirtschaften in ruhigeres Fahrwasser zu bringen.

Diese exogenen Faktoren sind nur bedingt vorhersehbar und kaum von Baden-Württemberg zu beeinflussen. Sie geben die Leitplanken vor, innerhalb derer wir uns in den nächsten Jahren bewegen. Die Frage ist also, wie wir uns verhalten, wie sich Baden-Württemberg als Land verhält, wie wir uns anpassen, um unseren Wohlstand zu erhalten und dauerhaft zu sichern.

Dabei geht es nicht nur um landespolitisches Klein-Klein, bzw. es sollte nicht darum gehen. Auch hier bei uns muss in großen Linien gedacht werden, um den Bürgerinnen und Bürgern im Land eine Perspektive für ihr Leben zu geben. Es geht bei uns Gott sei Dank für die allermeisten nicht um das Überleben, sondern darum, das eigene Potenzial zu entwickeln, ökonomisch zu prosperieren und ihre Freiheit bestmöglich für sich und andere zu nutzen.

Bildung spielt hier die zentrale Rolle. Bildung ist zwar die wichtigste Ressource, sie darf aber nicht nur funktional für die Erzielung eines guten Einkommens oder, volkswirtschaftlich, für die Deckung des Arbeitskräftebedarfs betrachtet werden. Bildung ist Selbstzweck, ist als Selbstausbildung geistiger Kräfte Zweck an sich und unmittelbarer Garant für unsere Demokratie und für die Selbstbestimmung des Menschen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Leider gilt die Formel „Viel Geld gleich gute Bildung“ nicht automatisch. Klar muss sich die Wertschätzung auch im Haushalt widerspiegeln. Deshalb haben wir den Änderungsanträgen der Regierungsfaktionen für über 1 000 neue Lehrerstellen auch zugestimmt. Viel wichtiger ist aber der gezielte Einsatz dieser Mittel. Es gibt Defizite in Mathematik und Deutsch, wenig Affinität zu Technik und Naturwissenschaften, geringe Leistungsorientierung sowie zunehmend psychische Auffälligkeiten.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zuruf von der AfD: Ja!)

Das Ganze wird dann abgerundet durch eine angebliche Studierfähigkeitsquote von fast 80 %. Das duale System, einst Vorzeigemodell in Baden-Württemberg, wird zum Auslaufmodell. Bravo, Baden-Württemberg!

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Martin Grath GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

(Stephen Brauer)

Während es bei der schulischen Bildung am richtigen Umgang mit Geld mangelt, fehlt dieses bei den Hochschulen an allen Ecken und Enden. Immer mehr Studierende mit schlechten Voraussetzungen werden mit den identischen Ressourcen wie vor zehn Jahren zum Bachelor und Master geschleust. 1 000 € mehr pro Student wären erforderlich gewesen. Es kreiße der Berg und gebe: eine Maus. 257 € zusätzliche Mittel je Student waren dieser Landesregierung die Hochschulen wert.

Bildung und Wissenschaft sind nur langfristig wieder auf die richtige Spur zu setzen. Kurzfristig müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, damit wir den Anschluss nicht verlieren.

Dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie muss schnell begegnet werden. Man könnte sich natürlich ordnungspolitisch argumentierend zurücklehnen und sagen: „Die Automobilindustrie hat beschissen, sie hat strategische Fehler gemacht, und sie hat zu lange aufs falsche Pferd gesetzt. Der Markt wird jetzt bereinigt.“ „Riding a dead horse“ ist die entsprechende Metapher aus dem Wilden Westen: ein totes Pferd reiten.

(Zuruf: Ja!)

Mit dem toten Gaul ist der Verbrennungsmotor gemeint. Allerdings hinkt der Vergleich an allen Ecken und Enden. Erstens ist der Gaul – der Verbrennungsmotor und insbesondere der Diesel – nicht tot, sondern nur angeschossen, und zweitens haben die Grünen die qualmende Knarre noch in der Hand. Sie haben das Pferd angeschossen,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

haben also die strategisch schlechte Situation für die Automobilindustrie in unserem Land selbst mutwillig herbeigeredet und herbeigeführt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zurufe von der AfD, u. a.: Genau so ist es! – Bravo! – Zuruf der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Sich jetzt auf den Markt zu berufen und zu leugnen, dass man durch die einseitige Bevorzugung der E-Mobilität den Untergang der Automobilproduktion im Südwesten selbst herbeigeführt hat, ist mehr als zynisch.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf von der AfD: Richtig! Ja!)

Eine Wasserstoffoffensive, wie von uns gefordert, und gezielte Forschung bei synthetischen Kraftstoffen schaffen faire Wettbewerbsbedingungen, die wir dringend brauchen, um unsere Stärken weiter nutzen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Egal, welche Antriebsart das Auto hat – ich unterstelle jetzt einmal, dass Autos nicht komplett verboten werden sollen –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Na, na, na! – Heiterkeit – Zuruf von der AfD: Doch! – Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

muss es eine Straße zum Fahren geben. – Ja, da muss man vorsichtig sein. Dieses Axiom führe ich jetzt einfach einmal mit. – Dass man bei uns vor allem im ländlichen Raum von Schlagloch zu Funkloch und vom Funkloch zum nächsten Schlagloch fährt, wäre durchaus kurzfristig zu ändern. Ein „Digital-Voucher“, wie von uns gefordert, um die Nachfrager schneller in die Lage zu versetzen, die Digitalisierung vor Ort voranzutreiben, und die umfassende Sanierung von Brücken und Landesstraßen sowie die Bereitstellung des 5G-Standards beim Mobilfunk sind Maßnahmen, die kurzfristig wirken und schnell ergriffen werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Eine mittelfristig wirkende Maßnahme wäre eine wirkliche Reform der Landesbauordnung gewesen, die das Bauen vereinfacht und verbilligt, anstatt den Bauherren und Architekten weitere Steine in den Weg zu legen. Auch hier sind von den Regierungsfractionen nur minimale Verbesserungen erzielt worden.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Ihr ehemaliger Parteivorsitzender sagte einmal: Entscheidend ist, was dabei herauskommt. Stuttgart ist inzwischen die teuerste Stadt Deutschlands. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe)

Sie müssen Wohnungen bauen und nicht regulieren. Regulieren haben wir genug.

Finanzielle Spielräume für Immobilienkäufer ließen sich ganz einfach durch die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf den alten Satz von 3,5 % erreichen. Frau Walker sprach hier einmal von Mitnahmeeffekten, die sich aus einer solchen Steuerensenkung ergeben würden. Aus dieser Formulierung springt einen der Etatismus förmlich an. Er korrespondiert mit den feuchten Sozialismusträumen von Habeck, Kühnert & Co.

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir diesem Zeitgeist entgegengetreten. Nicht der Bürger ist in der Erklärungspflicht, um das, was ihm gehört, behalten zu dürfen, sondern der Staat, der die Zwangsabgaben erhebt, muss begründen, warum er das tut und welche Ziele er damit verfolgt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In Zukunft muss das Land begründen, warum es Schulden aufnehmen will. Zudem sind dem Land enge Grenzen gesetzt, was den Umfang der Neuverschuldung angeht. Die Schuldenbremse, die künftig in der Landesverfassung stehen wird, engt zwar die finanziellen Verschuldungsräume ein, bietet aber trotzdem unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, neue Schulden zu machen. Haushaltsnotlage und Ausgleich des Konjunkturverlaufs sind die beiden Kriterien, nach denen eine Neuaufnahme von Schulden gerechtfertigt werden kann.

Während die Haushaltsnotlage für eine Neuverschuldung in größerem Ausmaß einer genaueren Definition und Operationalisierung bedarf, kann eine begrenzte Aufnahme von Schulden durch das sogenannte Produktionslückenverfahren rechnerisch aus den Konjunkturdaten ermittelt werden. Würde die

(Stephen Brauer)

Schuldenbremse bereits jetzt gelten, wäre eine Kreditaufnahme in Höhe von 430 Millionen € erlaubt.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Genau!)

Im Grunde ist dies eine Neuauflage der auf John Maynard Keynes zurückgehenden Idee des Deficit spending auf Landesebene. Defizitfinanzierung ist aber nichts anderes als Leben auf Pump.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

In der Theorie läuft das so lange, bis sich die Einnahmesituation verbessert hat; dann soll mit der Rückzahlung der Schulden begonnen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Danke für die Aufklärung!)

Diese zweite Seite der Medaille wird allerdings allzu oft vergessen, wie von Ihnen in diesem Haus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Für die Schuldenbremse in unserem Land bedeutet dies, dass man künftig in solchen Boomphasen den Schuldenstand deutlich herunterfahren muss; denn das Zeitfenster ist tatsächlich sehr eng, und für eine nennenswerte Tilgung ist nie die richtige Zeit – das hat uns die Finanzministerin ja wortreich erklärt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Langfristig über die Konjunkturzyklen hinweg muss der Landeshaushalt also ausgeglichen sein. Das ist ein Erfolg im Sinne künftiger Generationen. Deshalb unterstützen wir die Schuldenbremse aus voller Überzeugung.

Den Zynismus von John Maynard Keynes werden wir Liberalen uns nie zu eigen machen. Auf die Frage nach der langfristigen Umsetzbarkeit seiner Theorie antwortete Keynes nämlich: Auf lange Sicht sind wir alle tot.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das stimmt zwar, aber mit solchen Worten will ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht in die Weihnachtsferien entlassen.

Frohe Weihnachten und ein glückliches und gesundes 2020 wünsche ich Ihnen allen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde in dieser Debatte viel über das Klima gesprochen, und es wurden etliche Kosten damit gerechtfertigt. Dabei wurde immer wieder der Begriff „Wissenschaft“ verwendet – oder sagen wir besser: Er wurde missbraucht. Denn, meine Damen und Herren, die Wissenschaft gibt es nicht. Die Wissenschaft gibt es genau-

so wenig wie die Politik. Es sind immer verschiedene Meinungen da, und diese Gegensätzlichkeit ist gleichzeitig die Wurzel für das Entstehen von Neuem.

Freilich ist die Methode, wie man Gegensätze angeht, in den verschiedenen Disziplinen unterschiedlich, ist anders in der Politik, ist anders in der Wissenschaft. In der Wissenschaft ist es z. B. absolut unvorstellbar, was in der Politik bei Gegensätzen gemacht wird. Wir stimmen normalerweise ab, und dann setzt sich die eine oder die andere Seite durch. Abstimmungen in der Wissenschaft sind nicht anerkannt, sind auch unmöglich, und Mehrheitsentscheidungen dienen nicht der wissenschaftlichen Wahrheit.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Rüdiger Klos AfD)

Daher ist das Argument, es seien 97 % der Wissenschaftler, schon vom Grundsatz her schwachsinnig. Wenn man dann genauer untersucht, wie diese 97 % zustande gekommen sind, kann man sich nur wundern, welche Rosstäuscherei hier stattfindet.

Meine Damen und Herren, es ist eine Arbeit, die das festgelegt hat. Sagen wir einmal, es sind 1 000 Untersuchungen; 700 davon gab es, bei denen der Faktor „Anthropogene Einwirkung auf das Klima“ überhaupt nicht behandelt wurde. Unter den restlichen 300 waren 270, die gesagt haben, der menschliche Faktor sei wichtig und entscheidend,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Möglicherweise“!)

und es gab 30, die gesagt haben, der Mensch habe nichts damit zu tun. Normalerweise würde man sagen, 27 % dieser Untersuchungen – 270 – sagen, der Faktor „Anthropogen“ spiele eine Rolle. Was sagt man aber tatsächlich? Man spricht von 97 %. Und wodurch erreicht man das? Indem man einfach die Zielgruppe willkürlich verkleinert. Man sagt, die 700 spielten ohnehin keine Rolle, die hätten sich nicht dazu geäußert, die könne man also einfach weglassen. Es bleibt dann eine Gruppe von 300, und die 270 machen davon plötzlich 90 % – oder auch 95 oder 97 % – aus.

Mit solchen Rosstäuschertricks, die jeder Anfänger auf dem Gebiet der Statistik sofort erkennt, arbeitet man, und die Politik macht dann Entscheidungen in Milliardenumfang davon abhängig. Meine Damen und Herren, das ist ein Tiefpunkt der Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie soll denn Politik überhaupt zur Wissenschaft stehen? Das ist die Frage. Wissen Sie, es ist so: Politik muss selbstständig entscheiden. Natürlich richtet man sich nach der Wissenschaft. Es kann aber auch mal sein, dass man sich nicht nach der Wissenschaft richtet. In der Politik geht es nicht nur um Wahrheit, sondern da geht es um eine Gemengelage aus Interessen und Wahrheit. Daher sind da andere Kriterien notwendig.

Wir sagen zu Recht: Der Abgeordnete muss nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Da kann es auch mal sein, dass man sich gegen die ganze Wissenschaft stellen muss. Das ist sicherlich nicht die Regel. Aber es ist möglich; denn nur so ist eine wirklich emanzipierte und souveräne Politik zu machen

(Dr. Wolfgang Gedeon)

– wenn man diesen Prinzipien nachgeht! Davon aber sind wir heute, meine Damen und Herren, so weit entfernt wie schon lange nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Vielen Dank.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Wir haben eine Politik, die sich nach allem richtet, die hörig ist gegenüber Gerichten und deren Urteilen und gegenüber diffusen wissenschaftlichen Dingen, die sich aber nicht mehr auf das eigene Gewissen berufen kann. Denn damit sieht es inzwischen sehr schlecht aus.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Verehrte Präsidentin, verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Ein Kompliment an Herrn Brauer: Es gibt noch Lichtblicke in der FDP. Herr Rülke, Sie können von ihm lernen.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Vielleicht sollten Sie ihm den Fraktionsvorsitz überlassen,

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

dann wird noch etwas aus der FDP.

Ansonsten haben wir hier eine Katastrophe, einer der schlimmsten Ausdrücke von Verwahrlosung in diesem Landtag:

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das ging schon heute Morgen los, mit Ihrer Rede! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da haben Sie recht, Ihre erste Rede war so!)

Dieser Haushalt, der beschlossen wird auf der Basis von Wunschdenken, Utopien und Angstszenarien, vorgetragen von der Tänzerin und Naturpädagogin Walker, die um Bäume tanzt und dabei wahrscheinlich ihre totalitären Ideen entwickelt hat,

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

oder von einem Stasi-Sckerl, der hier die Überwachung favorisieren will.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein Ausbund an Peinlichkeit!)

es ist inzwischen wirklich fast unerträglich, dass ich Sie bei fast jedem Wortbeitrag um Mäßigung bitten muss. Ich bitte Sie heute nun zum letzten Mal, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie wünschen Sie denn genannt zu werden? – Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Worauf legen Sie denn so Wert?)

Andernfalls bekommen Sie einen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, Sie haben keinerlei Recht, mich zu zensieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen,

(Lebhafte Unruhe)

dass der Verfassungsgerichtshof Ihnen hier Zügel angelegt hat, dass Sie sich eben nicht zu Wort und Inhalt dessen äußern, was ich hier sage. Es mag Ihnen schmerzhaft erscheinen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das tut auch weh!)

dass ich ausgerechnet Ihre Parteigänger so angehe. Aber das müssen Sie nun einmal aushalten, Frau Präsident.

(Abg. Reinhold Gall SPD: „-in“!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, selbstverständlich können Sie sagen, was Sie wollen. Aber Sie haben nicht das Recht, andere Menschen zu diffamieren oder zu beleidigen. Es gibt einen Anstand hier im Landtag.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Bitte halten Sie die Uhr an. – Da klatschen sie, die Klatschhasen,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die Zeit ist abgelaufen! Die Zeit ist um! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ausreden lassen!)

die überhaupt keinerlei Ahnung von Anstand haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben keinen Anstand!)

die die Regeln der Demokratie und der Freiheit kontinuierlich brechen.

Was wir hier erleben, ist ein Haushalt mit Angstgebilden. „Klimakatastrophe“ – wir haben dankenswerterweise durch den Beitrag von Herrn Brauer, aber auch den Beitrag von Herrn Podeswa gehört, was es damit auf sich hat. Wir haben eine Geldverschwendung über eine völlig fehlgeleitete Migrations- und Asylpolitik; wir haben Gender-Irrsinn. Das Ganze wird als Green Deal hierher gebracht. Es ist ein großes Versagen. Das, was auch Herr Brauer sagte, kündigt sich ja an: Unser Land verfällt. Wir haben eine angehende schwere Rezession. Die Herrschaften oben werden sich noch alle wundern, wie schnell sie sich ihr Handy gar nicht mehr leisten können, wie wenig sie noch in den sozialen Netzwerken unterwegs sein können, wie schnell sie dann selbst zu einer Tafel gehen müssen, um sich das Nötigste zu holen. Es ist eine Katastrophe.

(Dr. Heinrich Fiechter)

Dass die Linken mit ihren suizidalen, selbstmörderischen, autoaggressiven Mediokren – die linken Parteien sind ja die Parteien der Mittelmäßigkeit, die neidvoll auf all jene blicken, die mehr leisten können als sie, die diese Leistungsfähigeren mit ihrem destruktiven Impetus niederringen wollen – auch noch von der CDU Unterstützung erfahren, ist der größte Skandal überhaupt.

Ich bitte Sie: Ihr Abgeordneten von der CDU, besinnt euch endlich eurer Wurzeln und wehret dieser Politik, die unser Land letztlich in den Untergang führen wird. Kleben Sie nicht an Ihren Posten, kleben Sie nicht daran, dass Sie von einem Herrn Strobl vielleicht in den Arm genommen werden und dass er Sie mag oder Sie nett begrüßt,

(Oh-Rufe von der SPD)

sondern kämpfen Sie endlich den Kampf für die Freiheit unseres Landes.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Sitzmann das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, heute ist ein guter Tag; denn wir sind mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 auf der Zielgeraden. Am 6. November durfte ich Ihnen den Entwurf des Staatshaushaltsplans hier vorstellen. Wir haben eine intensive Aussprache im Plenum geführt, wir hatten sechs Finanzausschusssitzungen, in denen wir die Einzelpläne der Ressorts beraten haben, und hatten die Rekordzahl von 557 Änderungsanträgen inklusive der Anträge zur zweiten Lesung zu verzeichnen. Ich kann Ihnen heute sagen: Ich freue mich, dass wir heute den Staatshaushaltsplan für die kommenden zwei Jahre beschließen werden.

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Parlaments, bei den Regierungsfractionen, der Landesregierung und insbesondere auch beim Vorsitzenden des Finanzausschusses für die guten Beratungen bedanken.

An dieser Stelle will ich aber auch die haltlosen Vorwürfe des Kollegen Hofelich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Alle waren sie richtig!)

Herr Kollege Hofelich hat behauptet, dass die parlamentarische Debattenkultur nachgelassen habe.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja! Dramatisch!)

Das kann ich nicht nachvollziehen. Es ist noch nicht so lange her, Herr Kollege Hofelich, da gab es einen SPD-Finanzminister und einen SPD-Staatssekretär.

(Abg. Tobias Wald CDU: Hört, hört! – Abg. Anton Baron AfD: Die gibt es für eine Weile nicht mehr!)

Sie waren es auch eine Weile. Da frage ich Sie: Was war denn an der parlamentarischen Kultur damals anders?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie war besser! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Dank der Opposition, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ach, Sie sind ja süß!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat das Wort!

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Ich bin auch der Debatte gefolgt, Herr Kollege Gall, und ich würde sagen: Gehen Sie einmal in sich, und überlegen Sie einmal, wie es in der letzten Legislaturperiode war. Übrigens: Wenn Sie diese Vorwürfe aufrechterhalten, dann kritisieren Sie Ihren eigenen Ausschussvorsitzenden, der einen guten Job gemacht hat. Das sollten Sie also zurücknehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Andreas Stoch SPD)

Lassen Sie mich sagen, dass ich an manchen Stellen dieser Beratung auch ein wenig erschüttert war. Wir haben sehr viele Stunden miteinander verbracht, wir haben hier im Plenum bei der Aussprache diskutiert, sechs Tage lang hat der Finanzausschuss getagt, jeden Einzelplan diskutiert, wir haben in der letzten Woche drei Tage lang hier im Plenum von früh bis spät jeden Einzelplan diskutiert, aber in Ihre Rede, Herr Kollege Hofelich, haben überhaupt keine Erkenntnisse Eingang gefunden. Sie behaupten heute das Gleiche wie vor vier Wochen, was in allen diesen Beratungen definitiv widerlegt worden ist.

Ich werde Ihnen dafür im Verlauf meiner Rede noch einige Beispiele nennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir unsere solide, verlässliche und nachhaltige Finanzpolitik der vergangenen Jahre fort. Es ist der letzte große Haushalt dieser Legislaturperiode, er flankiert den Start in ein neues Jahrzehnt. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir das neue Jahrzehnt mit Zuversicht beginnen können.

Ab dem 1. Januar des nächsten Jahres gilt die Schuldenbremse. Das heißt, wir dürfen nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. Aber diese Vorgabe erfüllen wir nicht erst ab dem 1. Januar des kommenden Jahres. Nein, diese Vorgabe erfüllen wir bereits seit fünf Jahren; in dieser Zeit waren wir laut Gesetz noch nicht dazu verpflichtet. Bisher war die Nullverschuldung Kür. Ab dem kommenden Jahr wird sie zur Pflicht, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Schuldenuhr in Baden-Württemberg läuft bereits seit dem Jahr 2018 rückwärts.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Tobias Wald CDU zur AfD: Sie haben keine Ahnung!)

Und mit dem kommenden Haushalt wird das weiter so sein, meine Damen und Herren. Wir haben mittlerweile, wenn wir dann auch das Kontrollkonto ausgeglichen haben, 1,4 Milliarden € Kreditmarktschulden getilgt, und wir haben Kreditermächtigungen in einem Volumen von 1,5 Milliarden € abge-

(Ministerin Edith Sitzmann)

baut. Lieber Herr Kollege Brauer, wer dann davon spricht, dies sei keine nennenswerte Tilgung, hat diese Realität einfach ignoriert.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Wir haben zusätzlich 0,4 Milliarden € bei den Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH getilgt.

Im Gegensatz zur FDP/DVP haben die Regierungsfractionen auch dafür gesorgt, dass wir das landeseigene Vermögen erhalten und den Sanierungsstau bei den landeseigenen Gebäuden, Straßen und Brücken endlich abbauen. Da haben Sie immer dagegen gestimmt. Sie müssen also sehr vorsichtig sein, eine mangelnde Schuldentilgung zu kritisieren. Eine solche Kritik können wir Ihnen auf keinen Fall durchgehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Bei jeder fertiggestellten Baumaßnahme, über die wir sagen können: „Wir haben durch diese Sanierung energetische Einsparungen vornehmen können“, ist leider die bittere Wahrheit: Die FDP/DVP hat nicht dafür gesorgt. Die FDP/DVP war dagegen, dass wir das tun, und hat rein darauf gesetzt, Schulden am Kreditmarkt zu tilgen, was in einer Niedrigzinsphase nun wahrlich nicht das Allheilmittel ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Aber wir haben weitere Vorsorge getroffen. Wir haben 120 Millionen € zusätzlich in die Rücklage für unsere Pensionsverpflichtungen gelegt. Mit diesem Haushalt werden wir die Vorsorge für die Pensionen weiter verstärken. Denn in Zukunft werden bei neu eingestellten Beamtinnen und Beamten nicht mehr 500 €, sondern 750 € pro Monat in den Versorgungsfonds abgeführt, und bei Neustellen werden es sogar 1 000 € pro Monat sein, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist vorbildlich!)

Wir treffen also Vorsorge mit dem Haushalt, der heute hier von Ihnen im Parlament beschlossen wird. Das ist gut und richtig.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Und wenn Sie diesen Haushalt heute so beschließen, sorgen wir mit einer Rücklage in Höhe von 800 Millionen € für die Zukunft vor.

Herr Kollege Brauer, wir befinden uns nicht in einer Rezession, definitiv nicht. Aber wir befinden uns in einer Phase, in der sich die Konjunktur nach zehn sehr guten Jahren abgekühlt hat. Und selbstverständlich müssen Sie uns nicht sagen, dass es für die exportorientierten Unternehmen in unserem Land Risiken auf dieser Welt gibt. Das wissen wir sehr wohl.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das größte Risiko ist die Landesregierung! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Es besteht also kein Grund zur Panik, aber es besteht Grund zur Vorsicht. Deswegen: Wir machen den Haushalt wetterfest. Wir sorgen dafür, dass wir nicht nur für sonnige, sondern auch für stürmische Tage gerüstet sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Regierungsfractionen bedanken. Dass wir jetzt eine Rücklage in Höhe von 800 Millionen € haben, ist der Finanzministerin sehr wichtig. Beschlossen wurde das aber im parlamentarischen Verfahren aufgrund eines entsprechenden Antrags von Grünen und CDU. Das zeigt: Vorsorge ist nicht nur das Steckenpferd der Finanzministerin, Vorsorge ist auch den Regierungsfractionen wichtig. Deshalb an dieser Stelle meinen Respekt, meine Anerkennung, und herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD will diese Rücklage absenken. Wir werden sehen, wie sich die finanzielle Lage weiterentwickelt. Unsere Politik ist es, nicht von der Hand in den Mund zu leben, sondern heute für morgen und übermorgen vorzusorgen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Rahmendaten des Haushalts nach der Herbststeuerschätzung umfassen für 2020 ein Volumen in Höhe von 51,69 Milliarden €, 2021 werden es 52,93 Milliarden € sein. Der Doppelhaushalt für beide Jahre umfasst damit ein Volumen von fast 105 Milliarden €. Das ist eine gigantische Summe, aber ich kann Ihnen versichern: Wir sind uns unserer Verantwortung für das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bewusst. Wir haben sowohl bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs als auch im Finanzausschuss intensiv darüber beraten, welche Ausgaben für die Zukunft von Baden-Württemberg wichtig sind.

Es gibt wichtige Zukunftsaufgaben und große Transformationsprozesse, vor denen wir in Baden-Württemberg, aber auch weit darüber hinaus stehen. Wir gestalten diese Veränderungen. Das tun wir, indem wir beispielsweise die Investitionen in den Klimaschutz, in den Umweltschutz und in den Artenschutz noch einmal deutlich erhöhen. Damit sichern wir die natürlichen Lebensgrundlagen; das ist eine existenzielle Frage. Wir sorgen vor und machen kräftige Schritte. Das, meine Damen und Herren, haben wir bei der Opposition in den gesamten Beratungen leider schmerzlich vermisst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Vorbildlich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin Sitzmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. – Wir investieren in Klimaschutz, Umweltschutz und Artenschutz.

Wir investieren in Bildung und damit in die Zukunft der Kinder in unserem Land. Wir investieren in unsere Hochschulen und in innere Sicherheit. All das ist wichtig, meine Damen und Herren, und all das zeigt: Wir schaffen Verlässlichkeit und

(Ministerin Edith Sitzmann)

Sicherheit in unsicheren Zeiten. Deshalb können wir mit Fug und Recht sagen, dass wir mit Zuversicht ins neue Jahrzehnt starten können.

Einige Vorredner haben es bereits angesprochen: Wir stellen eine zentrale finanzpolitische Weiche. Wir verankern durch den Gesetzentwurf der Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Auch das begrüße ich ausdrücklich, meine Damen und Herren. Das ist ein großer, ein wichtiger Schritt, damit wir in Baden-Württemberg für die Zukunft gut gerüstet sind. Damit verpflichtet sich das Parlament nicht nur selbst, es verpflichtet auch die Regierung zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzpolitik für Baden-Württemberg – für diesen Haushalt und für alle Haushalte der Zukunft.

Meine Damen und Herren, das Land, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind verlässliche Partner. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Wir verhandeln derzeit mit den Hochschulen unseres Landes über einen neuen Hochschulfinanzierungsvertrag. Was ist unser Ziel? Wir wollen Verlässlichkeit und Planungssicherheit für weitere fünf Jahre geben. Sie wissen, der derzeitige Hochschulfinanzierungsvertrag läuft Ende kommenden Jahres aus. Wir sorgen mit diesem Haushalt vor, damit unsere Hochschulen ab 2021 für weitere fünf Jahre eine verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlage haben.

Herr Kollege Brauer, ich will es hier noch einmal deutlich sagen, obwohl es auch letzte Woche hier schon mehrfach betont worden ist: Der Hochschulfinanzierungsvertrag II wird den Hochschulen in Baden-Württemberg zusätzliche Mittel von 1,8 Milliarden € zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Auf fünf Jahre!)

1,8 Milliarden €, das ist eine stolze Summe, aber es ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Aber dann zu sagen: „Der Berg kreißte und gebar eine Maus“, ist bei 1,8 Milliarden € nun wirklich nicht angebracht.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Es kommt darauf an, was man gebraucht hätte!)

Ziehen wir zum Vergleich einmal den Hochschulfinanzierungsvertrag I heran. Dieser hatte eine Laufzeit von sechs Jahren. In diesen sechs Jahren haben die Hochschulen in Baden-Württemberg 1,1 Milliarden € erhalten, bei dem geplanten Hochschulfinanzierungsvertrag II beträgt die Laufzeit fünf Jahre, und das Volumen ist mit 1,8 Milliarden € deutlich höher. Meine Damen und Herren, das ist eine wichtige Investition, das kann sich sehen lassen. Welches andere Bundesland ist bereit, diese Planungssicherheit und diese Investition in die Hochschulen zu bieten?

(Abg. Gabi Rolland SPD: Bayern!)

– Nein, Bayern nicht. Wissen Sie, was Bayern tut? Bayern gleicht lediglich die Tarifierhöhungen aus. Das ist das, was Bayern mit den Hochschulen vereinbart hat. Was die Bayeri-

sche Staatsregierung sehr gern tut, ist: Sie gibt zwischendrin eine größere Finanzspritze.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Bayern hat dazu aber auch allen Grund. Denn, liebe Kollegin, Baden-Württemberg hat bekanntlich vier Exzellenzuniversitäten, während es in Bayern zwei sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Beide in München!)

Daran sehen wir, dass Bayern Nachholbedarf hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Gabi Rolland SPD: Äpfel und Birnen!)

Wir machen das anders. Wir verstetigen die Mittel. Wir gehen klare vertragliche Verpflichtungen ein, die auch über diesen Haushalt hinausreichen. Damit stärken wir Studium, Lehre, Innovation, Wissenschaft und Forschung. Denn das ist für die Zukunft Baden-Württembergs enorm wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur starke Hochschulen, wir haben auch starke Kommunen – löwenstark, könnte man in Anlehnung an unser Landeswappen sagen. Unsere Kommunen erzielen seit acht Jahren Überschüsse. Sie haben bundesweit die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Kurz: Sie sind in einer guten Ausgangslage, um die Herausforderungen der Zukunft – vor denen auch unsere Kommunen fraglos stehen – gut und mit Zuversicht meistern zu können.

Sie wissen es, Herr Kollege Hofelich: Es gibt eine klare Vereinbarung für diese Legislaturperiode, wonach unsere Kommunen von jedem Steuereuro, der an das Land Baden-Württemberg geht, 23 Cent erhalten. Das fließt direkt an die Kommunen.

Der kommunale Finanzausgleich ist seit 2011 um 84 % gestiegen. 2009 lag die Summe, die an die Kommunen ging, noch bei 5,6 Milliarden €, 2019 sind es bereits über 12 Milliarden €. Das ist eine Steigerung auf 213 %. Wir haben es schon oft gesagt, aber anscheinend, Herr Kollege Hofelich, ist das an Ihnen vorbeigegangen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ich weiß alles!)

Wenn wir nur diese Legislaturperiode nehmen – von 2017 bis einschließlich zu dem Haushalt, der heute beschlossen wird –, wird am Ende ein Plus von 3,8 Milliarden € stehen – plus 3,8 Milliarden €! Da ist der Vorwegabzug, von dem Sie vorhin gesprochen haben, schon abgezogen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genug für Wahlgeschenke im Jahr 2021!)

Also, ein Plus von 3,8 Milliarden €. Das, meine Damen und Herren, zeigt: Die Landesregierung und die Regierungsfractionen sind verlässliche Partner der Kommunen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ja, die Verhandlungen mit den Kommunen sind nicht ganz einfach. Sie kennen anscheinend die Präsidenten der kommunalen Landesverbände nicht.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

– Doch? Wie kommen Sie dann auf die Behauptung, die würden sich am grünen Gängelband ziehen lassen?

(Zuruf von der SPD)

Nie im Leben! Ich kenne sie als selbstbewusste Vertreter der Interessen der Kommunen, die sehr genau wissen, was sie wollen. Deshalb müssen wir intensiv verhandeln; deshalb dauern die Verhandlungen vielleicht etwas länger, als Ihnen, Herr Hofelich, lieb ist. Aber das Entscheidende ist, dass am Ende das Ergebnis stimmt. Das Ergebnis haben wir am Montagabend gemeinsam unterschrieben. Wir sind uns einig geworden. Damit sind die Kommunen in Baden-Württemberg für die nächsten zwei Jahre gut gerüstet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, es gibt offenbar noch ein paar Unklarheiten, obwohl Ihnen selbstverständlich die Einigung zugegangen ist, obwohl wir im Plenum und im Finanzausschuss z. B. über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gesprochen haben. Für das BTHG werden im Einzelplan 09 im Jahr 2020 65 Millionen € zur Verfügung stehen und im Jahr 2021 61 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Warum sind es im ersten Jahr 4 Millionen € mehr? Weil es insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden einen Umstellungsaufwand gibt. Dieser Umstellungsaufwand ist in Höhe von 4 Millionen € bereits im Haushalt berücksichtigt. Und es gibt eine Zusage des Sozialministers: Sollten die Aufwendungen der Wohlfahrtsverbände höher sein als die 4 Millionen €, dann werden ihnen auf Nachweis die Mehrkosten erstattet. Das ist eine Zusage. Zu dieser stehen wir auch, meine Damen und Herren. Daran gibt es überhaupt nichts zu kritisieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, wir hatten eine weitere – man kann es so nennen – große Baustelle, nämlich das Thema „Mehraufwendungen für die sogenannten nicht mehr vorläufig untergebrachten Flüchtlinge“, kurz gesagt: die Geduldeten.

(Abg. Anton Baron AfD: Also abschieben! Abschieben!)

Die Kommunen – korrekterweise muss man Kreise sagen, die Stadt- und Landkreise – werden im Jahr 2020 und im Jahr 2021 jeweils 170 Millionen € vom Land Baden-Württemberg bekommen, um diesen Mehraufwand auszugleichen.

Aber nicht nur das; wir haben mit einer Vereinbarung zugesagt, dass wir die Kosten abzüglich eines Sockelbetrags von 40 Millionen € auch in Zukunft erstatten werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Geldhahn zudrehen, und dann sind sie ganz schnell weg! Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen!)

Ich möchte meinen beiden Kollegen, Herrn Innenminister Strobl und Herrn Sozialminister Lucha, ganz herzlich danken, dass wir diese beiden Vereinbarungen zum BTHG und zu den Geduldeten

(Abg. Anton Baron AfD: Glückwunsch zu den Geduldeten, Herr Strobl!)

mit den Kommunen auf den Weg gebracht haben. Damit haben wir eine Lösung, die für alle Beteiligten gut ist, gefunden.

(Abg. Anton Baron AfD: Das als Erfolg zu verkaufen!)

Darüber bin ich sehr froh, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es versteht sich von selbst, dass wir die Mittel des Bundes, die durch das „Gute Kita“-Gesetz nach Baden-Württemberg fließen, 1 : 1 an die Kommunen weitergeben; denn es ist ja nichts Neues, dass uns die gute Bildung und Betreuung unserer Kleinsten ein besonders wichtiges Anliegen ist. Das werden wir auch in Zukunft so halten.

(Abg. Anton Baron AfD: Man sieht es an den Ergebnissen!)

Jetzt gab es einige Kritik zum Thema Personalstellen. Beispielsweise hat Herr Podeswa von der AfD behauptet, der Stellenaufwuchs gehe am Bedarf vorbei. Sie haben dabei kritisiert, dass es bei der Polizei zusätzlich 1 600 bzw. 1 400 Anwärterstellen geben soll.

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben wir nicht kritisiert!)

Ich kann nur sagen: Da sollten Sie sich einmal schlaumachen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben wir nicht kritisiert!)

Da sollten Sie sich erkundigen,

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben wir nicht kritisiert!)

wie die Pensionierungen in den nächsten Jahren aussehen werden, und Sie sollten sich auch erkundigen, wie die Aufgaben der Polizei in Baden-Württemberg sind. Deshalb ist es richtig und wichtig – dazu stehen wir auch –, dass wir die Polizei in Baden-Württemberg auch in den kommenden beiden Jahren weiter stärken. Das ist wichtig für die Polizei; es ist aber auch wichtig für Baden-Württemberg, für seine Bürgerinnen und Bürger, damit wir auch in Zukunft sagen können: Die Polizei hier im Land ist optimal aufgestellt,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sollten zuhören, Frau Ministerin! Sie haben die Rede nicht gehört! – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Zuhören hilft manchmal!)

und wir bieten alles an Sicherheit, was möglich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ja, und wir schaffen zusätzliche 1 000 Lehrerstellen. Wir stärken auch unsere Justiz. Insbesondere machen wir in der Verwaltung in unserem Land auch den mittleren Dienst attraktiver, indem wir die Eingangsämter von A 6 nach A 7 anheben.

Wenn man sich also hier hinstellt und einfach nur Personalmehrausgaben kritisiert, ohne konkret zu sagen, was man denn nicht will, dann ist das populistisch. Da können wir nicht mitgehen. Wir halten die Entwicklung, die wir mit diesem Haushalt beschreiten, für richtig und wichtig für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch auf einen Aspekt beim Stellenaufbau zu sprechen kommen. Da hatten wir ja die wunderbare Situation, dass die SPD 300 Stellen mehr für die Steuerverwaltung beantragt hat. Interessanterweise haben Sie aber den Antrag der Regierungsfractionen, 150 zusätzliche Stellen zu schaffen, um die Grundsteuerreform abzuwickeln, abgelehnt. Was die Logik dahinter sein soll, das wird auch in Zukunft Ihr Geheimnis bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das weiß niemand! – Zuruf von der CDU: Das weiß kein Mensch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich erkläre Ihnen das mal!)

In der letzten Woche haben Sie, Herr Kollege Hofelich, sich offensichtlich Sorgen gemacht, dass Baden-Württemberg im Bundesrat nicht erfolgreich und einflussreich agiere. Diese Sorgen kann ich Ihnen auf jeden Fall nehmen. Beim Thema „Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung“ haben wir dafür gesorgt, dass es nicht nur großen Unternehmen zugutekommt, sondern auch den vielen kleinen Unternehmen und den Mittelständlern in unserem Land, indem nämlich auch die Auftragsforschung in Zukunft steuerlich abzugsfähig ist. Das ist unser Erfolg. Ihre Sorgen sind also völlig unbegründet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich auch zu einem Antrag der Fraktion der FDP/DVP noch ein paar Worte verlieren. Die FDP/DVP hat wieder einmal beantragt, den Grunderwerbsteuersatz auf 3,5 % abzusenken. Da möchte ich Sie an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Täglich grüßt das Murmeltier!)

Wer hier eine Absenkung fordert, sorgt dafür, dass den Kommunen relevante Summen verloren gehen, weil nämlich die Gemeinden in unserem Land 38,85 % des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer erhalten. Für einen Ausgleich hätten Sie da nicht gesorgt. Das hätte also die Kommunen in unserem Land nicht gestärkt, sondern sie im Gegenteil geschwächt. Deshalb ist das mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Dieser Haushalt ist ein solider Haushalt. Er ist ein nachhaltiger und verlässlicher Haushalt. Wir werden mit diesem Haushalt die Weichen für ein gutes Leben in Baden-Württemberg

stellen. Wir haben Vorsorge getroffen, wenn es vielleicht konjunkturell die eine oder andere Delle geben sollte. Auch wir wissen natürlich nicht, wie sich die Handelskonflikte zwischen den USA und China gestalten, wie sich die Debatte um den Brexit entwickelt usw.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Aber wir sorgen vor, um auch in solchen Fällen gut gerüstet zu sein, meine Damen und Herren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, Herr Abg. Brauer möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Herr Brauer, bitte.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Danke, Frau Ministerin. – Frau Ministerin Sitzmann, halten Sie es für zielführend, dass das Parlament jetzt per E-Mail über die Vermögensrechnung, die Sie gestern im Kabinett vorgestellt haben, informiert wird? Oder halten Sie es nicht vielmehr für eine Missachtung des Parlaments, dass wir jetzt bei einer elementaren Sache, in der z. B. 190 Milliarden € für Pensionsrückstellungen stehen – die perspektivisch durch diesen Stellenaufwuchs durchaus noch wachsen können –, nicht informiert werden bzw. nur per E-Mail während der Sitzung informiert werden?

(Unruhe – Abg. Raimund Haser CDU: Das haben wir im Finanzausschuss besprochen!)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Herr Kollege Brauer, wie Sie selbst gesagt haben: Wir haben gestern im Kabinett die Vermögensrechnung des Landes Baden-Württemberg beschlossen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ad-hoc-Haushaltsberatung! – Gegenruf des Abg. Raimund Haser CDU: Vermögensrechnung hat mit Haushalt nichts zu tun! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch normal! Leider! Das ist ein Spiel! – Unruhe)

Am Tag darauf ist sie Ihnen zugegangen. Selbstverständlich wissen wir auch, dass die Pensionsverpflichtungen mit der neuen Vermögensrechnung ansteigen. Das liegt an einer Berechnungsmethode, die insbesondere die erfreulicherweise steigende Lebenserwartung mit einbezieht, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das überzeugt aber nicht!)

Es ist alles korrekt gelaufen. Wir können – das werden wir sicher auch tun – die Vermögensrechnung im kommenden Jahr im Finanzausschuss diskutieren. Dann stehe ich Ihnen für alle Fragen selbstverständlich gern zur Verfügung.

(Unruhe)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, danke ich allen, die daran mitgewirkt haben, dass wir mit diesem Doppelhaushalt die Schuldenbremse souverän einhalten, dass die Schuldenuhr weiter rückwärts läuft, dass wir für die kommenden beiden Jahre wichtige Impulse für die Zukunft setzen.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Abg. Anton Baron AfD: Danken Sie dem Steuerzahler! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Für Ihre Zusammenarbeit danke ich Ihnen herzlich. Das gilt für alle Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, des Finanzausschusses, und den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Rainer Stickelberger, der die Sitzungen souverän geleitet hat.

Ich danke dem Rechnungshof für seine Mitwirkung, meiner Staatssekretärin Dr. Gisela Splett, meinem Amtschef Jörg Krauss, insbesondere natürlich der Abteilung 2 des Finanzministeriums mit Herrn Abteilungsleiter Brenner, der Z-Stelle und allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, aber auch in den Haushaltsabteilungen der anderen Häuser.

Ich bedanke mich bei Ihnen fürs Zuhören. Ich wünsche Ihnen erholsame Feiertage und einen zuversichtlichen Start ins neue Jahr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf fragen, ob noch Wortmeldungen vorliegen. Gibt es eine Wortmeldung von der SPD? – Dann erteile ich das Wort zuerst Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Finanzministerin Sitzmann! Solide, verlässliche, nachhaltige Finanzpolitik – Sie haben hier so viele Nebelkerzen geworfen, dass ich die Hand vor Augen nicht mehr sehe.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Schuldenabbau – schauen wir doch einmal auf die Fakten. In den zehn Jahren, bevor die Grünen an der Regierung beteiligt waren, sind die Schulden von 29 Milliarden € auf 43 Milliarden € gewachsen – vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2010 also um 14 Milliarden €. Seit 2011, in den, wie Sie selbst sagten, fettesten Jahren, die Baden-Württemberg jemals hatte, sind die Schulden von 43 Milliarden € auf heute 46 Milliarden € „abgebaut“ worden. Das ist in den fettesten Jahren ein Schuldenaufbau um 3 Milliarden €.

(Abg. Carola Wolle AfD: Unglaublich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Podeswa, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Danke. – Noch ein Wort zu den Diskussionen im Finanzausschuss. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Stickelberger herzlich dafür bedanken, dass er diese Farce so schnell wie möglich durchgezogen hat.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt darf ich das Wort Herrn Abg. Brauer für die FDP/DVP geben.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Zwei Hoffnungsträger dieses Parlaments! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Im Gegensatz zu Ihnen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lob kann man nicht aus dem Protokoll streichen lassen – darauf hat mich unser PGF hingewiesen. Dann lassen wir das mal so stehen.

Ich wollte noch etwas zum Änderungsantrag Drucksache 16/7330-5 – Fortführung der Integrationsmanager und Flächenfaktor – sagen. Mit Ihrer Einigung zum Flächenfaktor machen Sie wieder einmal das, was Sie am besten können, nämlich Schwächen Ihrer Konzepte mit Geld zu kompensieren. Ist der Faktor so gering, dass es die Städte als Leidtragende nicht spüren, bringt er nichts. Soll er vor Ort etwas bringen und wenigstens etwas Geld liefern, gibt es große Ausfälle bei den Städten. Was passiert also? Man gibt den kleineren Kommunen etwas, verschont die Städte – aber mit Einbußen –, mit der Folge, dass das System im kommunalen Finanzausgleich noch komplizierter wird. Das ist ein 25 Millionen € teures Wahlgeschenk der CDU, meine Damen und Herren, das Sie auch noch über eine globale Minderausgabe gegenfinanzieren. Wir werden uns im Hinblick auf die Integrationsmanager bei diesem Antrag allerdings dann nur enthalten.

Der zweite Punkt betrifft die Ausgestaltung des Bodenfonds, also den Änderungsantrag Drucksache 16/7330-3. Den Kommunalfonds „Wohnraumoffensive“ haben wir stets abgelehnt, weil wir ihn für marktverzerrend halten und davon ausgehen, dass der Wettstreit um die wenigen bebaubaren Flächen noch problematischer wird und die privaten Investoren am Ende den Kürzeren ziehen werden.

(Abg. Tobias Wald CDU: Stimmt nicht! Falsch!)

Was nun aber mit einem eiligen Antrag zur dritten Lesung noch von der Landesregierung beantragt wird – das hätten Sie schon lange bringen können; jetzt kam es gestern Abend –, zeugt von weiteren Problemen bei der Umsetzung des Kommunalfonds. Denn Sie streichen die Erläuterung zum Erwerb und Verkauf der Grundstücke, die treuhänderisch durch die Landsiedlung GmbH erfolgen sollten. Es klappt anscheinend nicht, die vielen Millionen Euro Mittelreste aus dem Landeswohnraumförderungsprogramm auszubringen.

In der Begründung räumen Sie ein, dass die Ausgestaltung in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht noch nicht abschließend geklärt ist. Vielleicht hätten Sie sich ein bisschen mehr Zeit lassen und das nicht kurz vor knapp einbringen sollen. Dann hätten Sie diese rechtlichen Probleme vielleicht auch ausräumen können.

Inhaltlich bleibt es trotzdem falsch. Den gewünschten Freifahrtsschein, der die Grundsätze der Landeshaushaltsordnung über Bord wirft und am Ende möglicherweise darauf hinausläuft, dass das Land selbst zum Grundstückshändler wird, werden Sie von uns nicht bekommen.

Vielleicht lassen Sie, die Kollegen der SPD, noch heute die Korken knallen, wenn Ihre Idee der Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau nun durch das Hintertürchen doch Realität werden sollte.

(Abg. Daniel Born SPD: Wir sind viel ehrgeiziger!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir in der Dritten Beratung zur Abstimmung.

(Unruhe)

– Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. – Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse des Landtags in Zweiter Beratung, Drucksachen 16/7320 und 16/7321.

Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2020/21

Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Drucksache 16/7320. Es gibt Änderungsanträge zu verschiedenen Einzelplänen – zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, zum Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, zum Ministerium für Soziales und Integration und zur Allgemeinen Finanzverwaltung –, die ich bei den entsprechenden Einzelplänen aufrufe.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 01 – Landtag – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 02 – Staatsministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7330-1, vor, der Kapitel 0331 – Migration – Titel 633 09 – Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise für Mehraufwendungen für nicht mehr vorläufig untergebrachte Flüchtlinge – betrifft. Mit dem Antrag werden eine Mittelaufstockung, die Einfügung einer Verpflichtungsermächtigung und die Ergänzung der Erläuterung gefordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer jetzt Einzelplan 03 mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 03 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer hier zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 04 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 05 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen

Wer stimmt Einzelplan 06 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 06 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Hierzu sind zwei Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU gestellt.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/7330-2 betrifft Kapitel 0708 – Innovation und Technologietransfer – Titel 686 79 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – und fordert die Anpassung des Bewilligungsvolumens und der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen an die erhöhten Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 20. November 2019 zwecks Stärkung des Innovationsstandorts, des Technologietransfers und anderem. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Der nächste Änderungsantrag – Drucksache 16/7330-3 – bezieht sich auf Kapitel 0711 – Wohnungswesen – Titelgruppe 79 – Kommunalfonds „Wohnraumoffensive BW“ – und begehrt – vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen rechtlichen und organisatorischen Klärung – die Anfügung eines Haushaltsvermerks und eine Änderung der Erläuterung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer stimmt jetzt Einzelplan 07 mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

Zu Kapitel 0905 – Hilfen für Menschen mit Behinderungen – liegen je ein Änderungsantrag der Regierungsfaktionen und der Fraktion der SPD vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Regierungsfaktionen, Drucksache 16/7330-4, abstimmen. Neben der Aufnahme des neuen Titels 547 01 N – Sächliche Verwaltungsausgaben im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes – fordert der Antrag bei Titel 633 02 – Ausgleichsleistungen an die Stadt- und Landkreise im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes – eine Erhöhung der Mittelansätze. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7330-9, abstimmen, mit dem ein neuer Titel 633 03 N – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – eingefügt werden soll, um mit den vorgesehenen Mitteln die Erstattung der einmaligen Umsetzungskosten, die im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes entstehen, zu ermöglichen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Einzelplan 09 mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 10 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Regierungsfaktionen und zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7330-7, betrifft das Kapitel 1205 – Kommunalen Finanzausgleich – und hier den Titel 613 72A: Finanzausgleich aus der Finanzausgleichsmasse A. Der Änderungsantrag begehrt eine Mittelerrhöhung und eine Änderung der Erläuterung. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu dem zweiten Änderungsantrag, jetzt von den Regierungsfaktionen, Drucksache 16/7330-5. Dieser betrifft ebenfalls Kapitel 1205: Kommunalen Finanzausgleich. Hier geht es zum einen um den Titel 633 06: Förderung der kommunalen Lasten im Bereich der Integration. Dieser Änderungsantrag wünscht zum anderen, dass der Titel 633 09 N – Kompensation für die Berücksichtigung der Einwohnerdichte bei der Bemessung der Gemeindeschlüsselzuweisungen – neu aufgenommen wird. Der Änderungsantrag fordert jeweils Mittelerrhöhungen.

Die Fraktion der SPD hat beantragt, über die beiden Ziffern dieses Änderungsantrags getrennt abzustimmen. Daher rufe ich zunächst Ziffer 1 auf. Diese betrifft Titel 633 06. Wer stimmt Ziffer 1 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich zugestimmt.

Ich komme zu Ziffer 2 des Änderungsantrags. Diese betrifft Titel 633 09 N. Wer stimmt Ziffer 2 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 dieses Änderungsantrags ebenfalls mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – Titel 919 01 – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – sind zwei Änderungsanträge gestellt, ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7330-8, und wiederum ein Änderungsantrag der Regierungsfaktionen, Drucksache 16/7330-6, der auch Titel 361 01 sowie Titel 972 01 betrifft.

Ich stelle zunächst den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7330-8, zur Abstimmung. Dieser Änderungsantrag begehrt zur Kompensation der vorher beantragten Mittel zur Erhöhung der FAG-Masse für die kommunale Finanzkraft eine entsprechende Reduzierung der Mittel an dieser Stelle. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

– Ich darf auch die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP um Aufmerksamkeit bitten.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag – Gibt es ein Problem? Habe ich wieder etwas falsch gemacht?

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Alles richtig! – Abg. Tobias Wald CDU: Nie!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Okay. Dann bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit. – Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag Drucksache 16/7330-6 abstimmen, der ebenfalls Kapitel 1212 – Sammelansätze – betrifft und dort Änderungen der Ansätze bei folgenden Titeln fordert: Titel 361 01 – Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre –, Titel 919 01 – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – und Titel 972 01: Globale Minderausgaben. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Regierungsfractionen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist einstimmig zugestimmt.

Wer Einzelplan 12 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

Wer Einzelplan 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 13 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer Einzelplan 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 16

Verfassungsgerichtshof

Wer stimmt Einzelplan 16 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 16 einstimmig zugestimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die sechs beschlossenen Änderungsanträge haben Auswirkungen auf § 1 des Staatshaushaltsgesetzes: Feststellung des Staatshaushaltsplans. Sie finden deshalb auf Ihren Plätzen eine Abstimmungsgrundlage, der Sie die Änderungen bei den Einzelplänen 03, 07, 09 und 12 und die aktualisierten Haushaltsübersichten des Staatshaushaltsgesetzes entnehmen können.

In der Dritten Beratung kommen wir nun zur A b s t i m m u n g über das

Staatshaushaltsgesetz 2020/21

Abstimmungsgrundlage ist jetzt die Drucksache 16/7321.

Ich rufe auf

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Wer § 1 mit den Änderungen, die Sie der Übersicht, die als Abstimmungsgrundlage auf Ihren Plätzen aufliegt, entnehmen können, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

(weggefallen)

Wer § 2 mit dem Hinweis „(weggefallen)“ zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

§ 3 a

Wegfall der Bundesauftragsverwaltung für den Bereich der Bundesautobahnen

Wer stimmt § 3 a zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt geht es um

§ 4

Kreditaufnahme

Wer stimmt § 4 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Gewährleistungen

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5 a

Rangrücktritt

Wer stimmt § 5 a zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 5 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Deckungsfähigkeiten, dezentrale Finanzverantwortung, Hochschulfinanzierungsvertrag II

Wer stimmt § 6 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 6 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

§ 6 a

Personalausgabenbudgetierung

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 a ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen zu

§ 7

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Wer stimmt § 7 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu

§ 8

Vermögensgegenstände und Grundstücke

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen jetzt vor, die §§ 9 bis 14 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. Sind Sie damit einverstanden? – Prima.

§ 9 bis § 14

Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den §§ 9 bis 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nun sind wir schon sehr weit gekommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Dezember 2019 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der diesjährigen Haushaltsberatungen angekommen. Es waren ein Sitzungs-marathon und eine starke Beanspruchung nicht nur für den Finanzausschuss, sondern für alle Abgeordneten und auch für die Regierung. Ich darf mich gemeinsam mit Frau

Aras sehr herzlich dafür bedanken, dass wir einen reibungslosen Ablauf – wenn ich das so sagen darf – zustande bekommen haben. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Hintergrund für uns gewirkt haben.

Damit darf ich diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse – Drucksache 16/7352

Das Präsidium hat festgelegt, dass wir in der Ersten Beratung auf eine Aussprache verzichten. Die Regierung verzichtet ihrerseits auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7352

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– wir sind noch nicht ganz fertig; einen kleinen Moment bitte noch – zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit ebenfalls erledigt.

Ich rufe nun die **Punkte 3 und 4** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 3:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/7334

Punkt 4:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/7376, 16/7377, 16/7378, 16/7379, 16/7380

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir tatsächlich am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Es ist die letzte Plenarsitzung in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen allen frohe und besinnliche Weihnachtstage, auch mit etwas Zeit zum Kraftschöpfen, und alles Gute für das Jahr 2020.

Wir treffen uns dann wieder zur nächsten Sitzung – falls Sie sich den Termin notieren wollen – am Mittwoch, 29. Januar 2020, um 9:00 Uhr.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:23 Uhr